PensExpert

Vorsorge fürs Leben

Studienbericht: Reformideen für die Zukunft

PensExpert AG
Kauffmannweg 17, 6003 Luzern
welcome@pens-expert.ch, +41 41 226 15 15
pens-expert.ch

LUZERN BASEL BERN LAUSANNE ST. GALLEN ZÜRICH

KUNDIN

PensExpert AG
Kauffmannweg 17, 6003 Luzern

AUFTRAGNEHMER

Sotomo
Binzstrasse 23, 8045 Zürich

AUTOR:INNEN (IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE)

Elia Heer
Michael Hermann
Sarah Pannen
Simon Stückelberger

ILLUSTRATOR

Kornel Stadler

Erscheinungsdatum der Studie: Juni 2025

SOTOMO

WANDEL VERSTEHEN UND REFORMEN ANTREIBEN

Für PensExpert ist es stets ein zentrales Anliegen, die berufliche Vorsorge in der Schweiz weiterzuentwickeln und zu stärken. Das Schweizer Vorsorgesystem benötigt Reformen, damit es den modernen Arbeits- und Lebensmodellen langfristig gerecht werden kann. Um fundierte Vorschläge zu gestalten, arbeitet PensExpert eng mit Hochschulen und Universitäten zusammen, gibt Umfragen und Studien in Auftrag. Damit aber wichtige Reformen bei einer zukünftigen Volksabstimmung eine Chance haben, muss das Vorsorgewissen gefördert werden. Denn besser aufgeklärte Versicherte haben mehr Vertrauen in die Vorsorge und je mehr Vorsorgewissen besteht, desto mündiger kann die Bevölkerung bei Abstimmungen zum BVG und zur AHV entscheiden. Erfreulicherweise zeigt die Studie «Vorsorge fürs Leben», dass die Schweizer Bevölkerung zeitgerechte Reformen und neue Vorsorgemodelle begrüssen würde. Vor 40 Jahren ist das BVG in Kraft getreten. Höchste Zeit für eine Modernisierung.

JÖRG ODERMATT
Verwaltungsratspräsident

1	**Einleitung**	**5**
1.1	Zu dieser Studie	5
1.2	Wichtigste Ergebnisse in Kürze	7
2	**Vorsorge im Wandel**	**11**
2.1	Erwartungshaltung und die Bereitschaft zur Eigeninitiative	11
2.2	Zeitwertkonto als Säule der Vorsorge	18
2.3	Vorsorge trotz Erwerbslosigkeit	27
3	**Vorsorge für eine neue Arbeitswelt**	**33**
3.1	Arbeit, Einkommen und der Gedanke an Vorsorge	33
3.2	Festanstellung trifft Selbstständigkeit	39
3.3	Arbeiten und Vorsorgen im Alter	45
3.4	Zwischen Status quo und Wandel: Welche Ideen überzeugen?	49
4	**Volksabstimmungen zum Thema Vorsorge**	**52**
4.1	Reformen sind schwierig	52
4.2	Hohe Relevanz und hohe Komplexität	60
5	**Datenerhebung und Methode**	**70**
5.1	Umfragestudie	70
5.2	Abstimmungsanalyse	71

Einleitung

1.1 ZU DIESER STUDIE

In politischen Debatten rund um das Thema Vorsorge steht meist die Altersvorsorge im Fokus – und in diesem Zusammenhang vor allem die Herausforderungen des demografischen Wandels und einer alternden Bevölkerung. Gleichzeitig findet jedoch auch ein Wandel in der Arbeitswelt und Gesellschaft statt: Teilzeitmodelle, Care-Arbeit, Selbstständigkeit, das Streben nach Gleichberechtigung und einer ausgewogenen Work-Life-Balance prägen den Alltag. Doch was bedeutet dieser Wandel für die Vorsorgewelt, die traditionell noch immer primär auf die Vorsorge fürs Alter und klassische Erwerbsbiografien bestehend aus drei geschlossenen Phasen – Ausbildung, Berufstätigkeit, Ruhestand – ausgerichtet ist.

Die PensExpert AG schlägt verschiedene Reformansätze vor, um das Vorsorgesystem besser an die Bedürfnisse heutiger Lebensbiografien anzupassen und den Weg zu einer flexibleren und individuelleren Vorsorge zu ebnen. Dazu gehören etwa die Einführung eines Zeitwertkontos sowie Massnahmen, die es einer breiteren Bevölkerungsschicht ermöglichen sollen, Vorsorgevermögen aufzubauen und bestehende strukturelle Ungleichgewichte im Vorsorgesystem zu reduzieren. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt jedoch: Reformen der Altersvorsorge haben es oft schwer, wenn sie den Weg von der Theorie bis an die Urne finden. Eine Analyse der Vorsorge-Abstimmungen soll dabei helfen, die Gründe dafür besser zu verstehen.

Für die Studie «Vorsorge fürs Leben» hat die PensExpert AG das Forschungsinstitut Sotomo beauftragt, die Popularität ihrer Re-

formansätze und allgemein die Reformbarkeit der Altersvorsorge in der Schweiz zu analysieren. Die Studie setzt sich aus zwei Teilen zusammen: Eine Umfragestudie und eine Analyse von Abstimmungen mit Vorsorgebezug der letzten 25 Jahre. Die Umfragestudie basiert auf einer Onlinebefragung von über 2'300 Personen, die im Februar 2025 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Die Abstimmungsanalyse stützt sich auf Daten von Swissvotes[1] sowie auf die Nachabstimmungsbefragungen der Vox-/Voto-Studien.

Das erste Kapitel der Studie befasst sich mit dem Konzept einer umfassenden Vorsorge fürs Leben und stellt Reformansätze vor, die darauf abzielen, das Vorsorgesystem an Lebensrealitäten anzupassen, die durch Phasen der Care-Arbeit, Weiterbildung oder Erwerbslosigkeit geprägt sind. Das zweite Kapitel untersucht neue Arbeitsmodelle wie das hybride Arbeiten – die Kombination aus Selbständigkeit und Anstellung – und prüft welche Reformvorschläge zur Anpassung der Vorsorge an die heutige Arbeitswelt auf Zustimmung stossen. Das dritte Kapitel befasst sich mit dem Abstimmungsverhalten der Schweizer Bevölkerung bei Vorlagen zur Vorsorge. Dabei wird unter anderem untersucht, inwiefern die Faktoren persönliche Relevanz des Vorsorgethemas, Komplexität der Vorlagen sowie die spezielle Rolle von älteren Stimmberechtigten Reformen erschweren.

[1] Swissvotes: die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern. Online: www.swissvotes.ch. Zuletzt abgerufen am 17.2.2025

1.2 WICHTIGSTE ERGEBNISSE IN KÜRZE

Vorsorgeverständnis, Wissenslücken und Bereitschaft zur Eigeninitiative: Für die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung – 72 Prozent – bedeutet Vorsorge in erster Linie eine generelle finanzielle Absicherung für die Zukunft (Abb. 1). Besonders im Fokus steht dabei die Absicherung im Alter, die für 83 Prozent eine zentrale Priorität der Vorsorge darstellt (Abb. 2). Von der Altersvorsorge wird vor allem (61 %) langfristige Planbarkeit und Stabilität erwartet (Abb. 3). Etwa die Hälfte der Befragten schätzt ihr Wissen zum Thema Altersvorsorge als gut oder eher gut ein – Männer (55 %) deutlich häufiger als Frauen (41 %) (Abb. 4). Gleichzeitig zeigt sich eine hohe Bereitschaft, sich aktiv mit der eigenen Vorsorge auseinanderzusetzen: 82 Prozent der Bevölkerung können sich vorstellen, eine digitale Plattform zu nutzen, die ihre persönliche Vorsorgesituation über die drei Säulen hinweg abbildet und bei der Planung unterstützt (Abb. 5). Zwei Drittel der Erwerbsbevölkerung wären zudem bereit, selbst Massnahmen zur Verbesserung ihrer Vorsorgesituation zu ergreifen – am häufigsten durch eine Erhöhung der eigenen Sparbeiträge (Abb. 6).

Zeitwertkonto als Säule einer flexiblen Vorsorge: Das Konzept des Zeitwertkontos erlaubt Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, Überstunden, nicht bezogene Ferientage oder freiwillige Beiträge als Wertguthaben anzusparen und später für bezahlte Auszeiten zu nutzen. Das Konzept stösst auf breite Zustimmung in der Bevölkerung – 76 Prozent beurteilen die Idee positiv (Abb. 8). Zwei Drittel könnten sich sogar vorstellen, ein Zeitwertkonto selbst zu nutzen (Abb. 8) – am häufigsten für eine vorzeitige Pensionierung (59 %) oder eine persönliche Auszeit (58 %) (Abb. 9). Jüngere Befragte sehen zusätzliches Potenzial für Weiterbildungen (43 %) oder eine verlängerte Elternzeit (45 %). Während für Väter vor allem die vorzeitige Pensionierung im Vordergrund steht, würden Mütter ein Zeitwertkonto ausserdem für Phasen der Elternzeit oder Care-Arbeit einsetzen (Abb. 10). 62 Prozent erwarten, dass ein Zeitwertkonto die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

verbessern könnte (Abb. 11). Der hohe Stellenwert von Zeit in der Gesellschaft spiegelt sich auch in den Prioritäten der Befragten wider: 59 Prozent würden derzeit mehr freie Zeit einem höheren Einkommen durch ein grösseres Arbeitspensum vorziehen (Abb. 13). Zudem könnte sich jede zweite befragte Person vorstellen, ein Jahr später in Pension zu gehen, wenn sie dafür in früheren Jahren eine bezahlte Auszeit von sechs Monaten nehmen könnte (Abb. 12).

Erwerbslosigkeit und Vorsorgelücken: Mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung war im Laufe ihres Lebens bereits während mindestens drei Monaten nicht erwerbstätig – am häufigsten aufgrund von Stellensuche oder Elternzeit (Abb. 14). Da Einzahlungen in die Säule 3a zurzeit an eine Erwerbstätigkeit geknüpft sind, kann dies zu Lücken in der individuellen Vorsorge führen. Eine deutliche Mehrheit von 79 Prozent spricht sich dafür aus, diese Regelung anzupassen und Einzahlungen in die Säule 3a auch für Nichterwerbstätige zu ermöglichen (Abb. 16). Ein weiterer Reformvorschlag, der insbesondere Menschen mit Care-Verantwortung zugutekommen würde, betrifft den flexibleren Bezug von Säule 3a-Geldern: Eine knappe Mehrheit von 55 Prozent befürwortet, dass diese auch in Lebensphasen der Care-Arbeit – etwa während der Elternzeit oder der Pflege von Angehörigen – bezogen werden können (Abb. 17). Erweitert man die Bezugsgründe von Säule 3a Geldern auf eine Weiterbildung oder eine verlängerte Elternzeit, sinkt die Zustimmung: Nur 24 Prozent befürworten diesen Reformansatz (Abb. 19).

Sorge um Vorsorge prägt Arbeitsleben: Die Möglichkeit für ihre Altersvorsorge zu sparen ist für die meisten nicht das, was sie am meisten an ihrer Arbeit schätzen (Abb. 20). Die Altersvorsorge hat aber trotzdem einen gewichtigen Einfluss auf das Verhalten der Menschen in der Arbeitswelt. Sechs von zehn Befragten geben an, dass sie aus Sorge um die Altersvorsorge berufliche Entscheidungen getroffen haben – etwa das Arbeitspensum nicht reduziert (38 %), keine Auszeit genommen (30 %) oder auf Selbstständigkeit verzichtet (18 %) (Abb. 21).

Faire Lösungen für Erwerbsbiografien gesucht: Das heutige Vorsorgesystem benachteiligt insbesondere Personen mit tie-

fem Einkommen und unregelmässigem Erwerbsverlauf – oft Frauen. Vorschläge, diese strukturellen Lücken zu verringern, stossen jedoch auf Zurückhaltung: Nur 47 Prozent befürworten höhere Sparbeiträge für Erwerbstätige mit tiefem Einkommen (Abb. 23), und nur 37 Prozent unterstützen eine gleichmässige Aufteilung des Pensionskassenguthabens zwischen Partnern (Abb. 24).

Hybrides Arbeiten im Trend – Vorsorgesystem hinkt hinterher: Die Hälfte der Erwerbsbevölkerung kann sich vorstellen, gleichzeitig angestellt und selbstständig zu arbeiten – vor allem bei Jungen und Personen mit höherem Bildungsabschluss ist hybrides Arbeiten beliebt (Abb. 25). Besonders geschätzt wird an der Selbstständigkeit die grössere Unabhängigkeit und der Gestaltungsfreiraum (Abb. 26), während finanzielle Unsicherheiten und fehlende soziale Absicherung als wichtigste Hürden genannt werden (Abb. 27). Ein hybrides Arbeitsmodell könnte diese finanziellen Nachteile abfedern – das heutige Vorsorgesystem ist jedoch kaum darauf ausgerichtet. 72 Prozent unterstützen die Reformidee, in einem solchen Fall das gesamte Einkommen in einer einzigen Pensionskasse versichern zu können (Abb. 28).

Beliebte Reformideen für längeres Arbeiten im Alter: Rund die Hälfte der Bevölkerung kann sich vorstellen, auch nach dem AHV-Rentenalter weiterzuarbeiten – besonders häufig trifft dies auf Personen mit hoher Bildung oder nicht körperlicher Arbeit zu (Abb. 29). Eine Mehrheit (71 %) unterstützt die Reformidee, dass auch Erwerbstätige im AHV-Alter weiterhin in die Pensionskasse einzahlen können sollen (Abb. 30). Ein abgestuftes Referenzalter, das je nach körperlicher Belastung unterschiedlich angesetzt würde, trifft ebenfalls bei zwei Dritteln der Bevölkerung auf Zustimmung – und zwar in allen Bevölkerungsschichten (Abb. 31, Abb. 32).

Vorsorgereformen haben es bei der Stimmbevölkerung schwer: In den letzten 25 Jahren hat die Stimmbevölkerung nur vier von zwanzig Vorlagen zur Altersvorsorge angenommen (Abb. 34). Der Bundesrat und die meisten Regierungsparteien erreichen bei Vorsorgeabstimmungen tiefere Erfolgsquoten als bei anderen Themen (Abb. 35). Am seltensten kann die SP

Erfolge verbuchen, die oftmals versucht hat, über den Initiativweg die Vorsorgegesetzgebung zu beinflussen. Sie ist jedoch die Partei, welche ihre Anhängerschaft bei Vorsorgevorlagen am häufigsten hinter sich vereinen kann (Abb. 37). Die SVP steht diesbezüglich schlechter da und konnte bei Vorsorgeabstimmungen in diesem Jahrzehnt nur noch knapp die Hälfte ihrer Anhängerschaft hinter sich versammeln (Abb. 38) – möglicherweise ein Zeichen einer wachsenden Diskrepanz zwischen Parteileitung und Basis bei sozialen Fragen.

Hohe Relevanz trifft auf hohe Komplexität: Die Stimmberechtigten nehmen Vorsorgethemen als besonders wichtig wahr (Abb. 39). Drei der acht Vorlagen mit der höchsten durchschnittlichen Relevanz sind Reformen der Altersvorsorge. Gleichzeitig werden Referenden zu Vorsorgevorlagen als überdurchschnittlich komplex wahrgenommen. Im Schnitt beurteilen 42 Prozent der Stimmenden diese als schwer verständlich, verglichen mit 27 Prozent bei anderen Referendumsabstimmungen (Abb. 41). Die Kombination aus hoher Komplexität und grosser Relevanz führt dazu, dass viele Stimmberechtigte im Zweifel am Status quo festhalten wollen – was Reformen erschwert.

Entscheidende Stimme der Älteren: Rentnerinnen und Rentner nehmen häufiger an Abstimmungen teil und so kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu – besonders im Bereich der Altersvorsorge. Dabei geht es oft sehr direkt um ihre eigenen finanziellen Interessen. Viele nutzen diese Möglichkeit um sich einen finanziellen Vorteil zu «erstimmen», wie ihre überdurchschnittliche Zustimmung zur 13. AHV zeigt (Abb. 43). Gleichzeitig sind sie von vielen strukturellen Änderungen nicht mehr betroffen, da einmal gesprochene Renten nicht mehr verändert werden und verhelfen so strukturellen Reformen wie der « AHV-21 » zum Durchbruch, welche bei der Erwerbsbevölkerung keine Mehrheit fand.

Vorsorge im Wandel

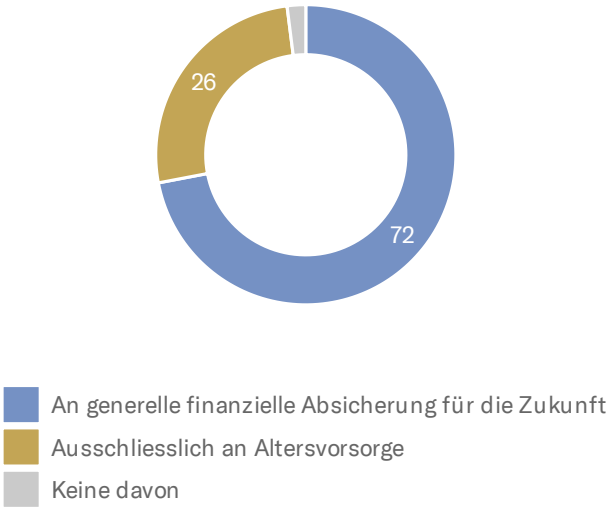
Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem Wandel von Lebensrealitäten und den daraus resultierenden Anforderungen an die Vorsorge. Was versteht die Bevölkerung unter Vorsorge? Welche Erwartungen sind damit verknüpft – und wie gross ist die Bereitschaft, persönlich etwas zur Verbesserung der eigenen Vorsorgesituation zu tun? Welchen Stellenwert hat Zeit? Wofür würde zusätzliche (Aus)Zeit genutzt? Und welche Bedeutung kommt der Vorsorge in Phasen der Erwerbslosigkeit zu?

2.1 ERWARTUNGSHALTUNG UND DIE BEREITSCHAFT ZUR EIGENINITIATIVE

Was bedeutet vorsorgen? In politischen Debatten wird Vorsorge meist mit Altersvorsorge gleichgesetzt. Entsprechend stehen bei Reformdiskussionen vor allem der demografische Wandel und die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft im Fokus. Fragt man die Schweizer Bevölkerung nach ihrer Auffassung von Vorsorge, zeigt sich ein breiteres Verständnis von Vorsorge als in der Politik: 72 Prozent der Befragten denken bei dem Begriff in erster Linie ganz generell an finanzielle Absicherung für die Zukunft und nicht ausschliesslich an Altersvorsorge (Abb. 1).

Verständnis von Vorsorge (Abb. 1)

«Wenn Sie den Begriff Vorsorge hören, woran denken Sie?»

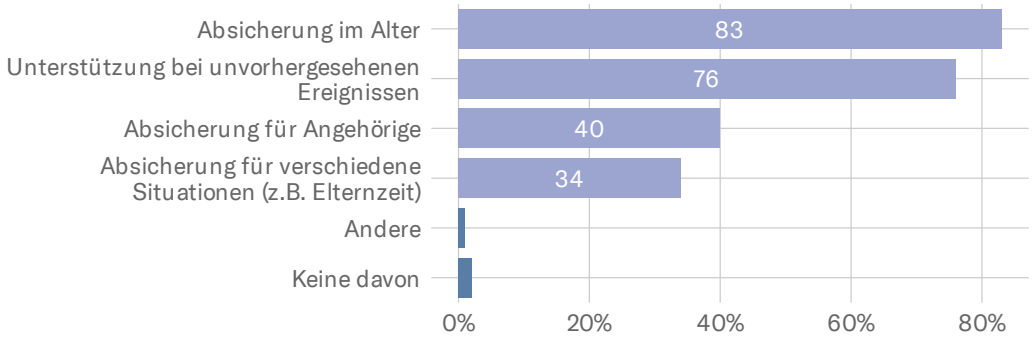


Ein Blick auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in Bezug auf finanzielle Absicherung zeigt jedoch, dass die Absicherung im Alter nach wie vor oberste Priorität hat – 83 Prozent der Befragten sehen diese als wichtig an (Abb. 2). Gleichzeitig betrachten 76 Prozent die Unterstützung bei unvorhergesehenen Ereignissen und ein Drittel die Absicherung für verschiedene Situationen (z.B. Elternzeit) als zentrale Funktion finanzieller Absicherung.

Mehrheit versteht unter Vorsorge eine Absicherung für alle Lebensphasen.

Prioritäten bei finanzieller Absicherung (Abb. 2)

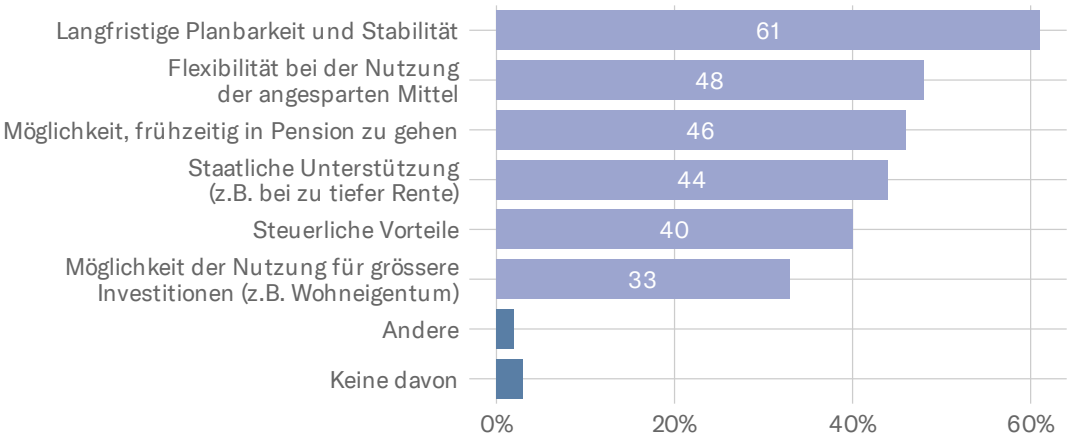
«Wenn Sie an finanzielle Absicherung denken, was ist Ihnen besonders wichtig?»



Doch welche Anforderungen werden an die eigene Altersvorsorge gestellt? Wenn es um die persönlichen Erwartungen geht, legt eine deutliche Mehrheit (61 %) der Befragten bei der Altersvorsorge einen besonderen Wert auf langfristige Planbarkeit und Stabilität (Abb. 3). Gleichzeitig wünscht sich knapp die Hälfte eine gewisse Flexibilität bei der Nutzung angesparter Mittel sowie die Möglichkeit (48 %), früher in Pension gehen zu können (46 %). Diese Ergebnisse zeigen den Wunsch nach einer Altersvorsorge auf, die sowohl Sicherheit als auch individuelle Gestaltungsmöglichkeiten bietet.

Erwartungen an Altersvorsorge (Abb. 3)

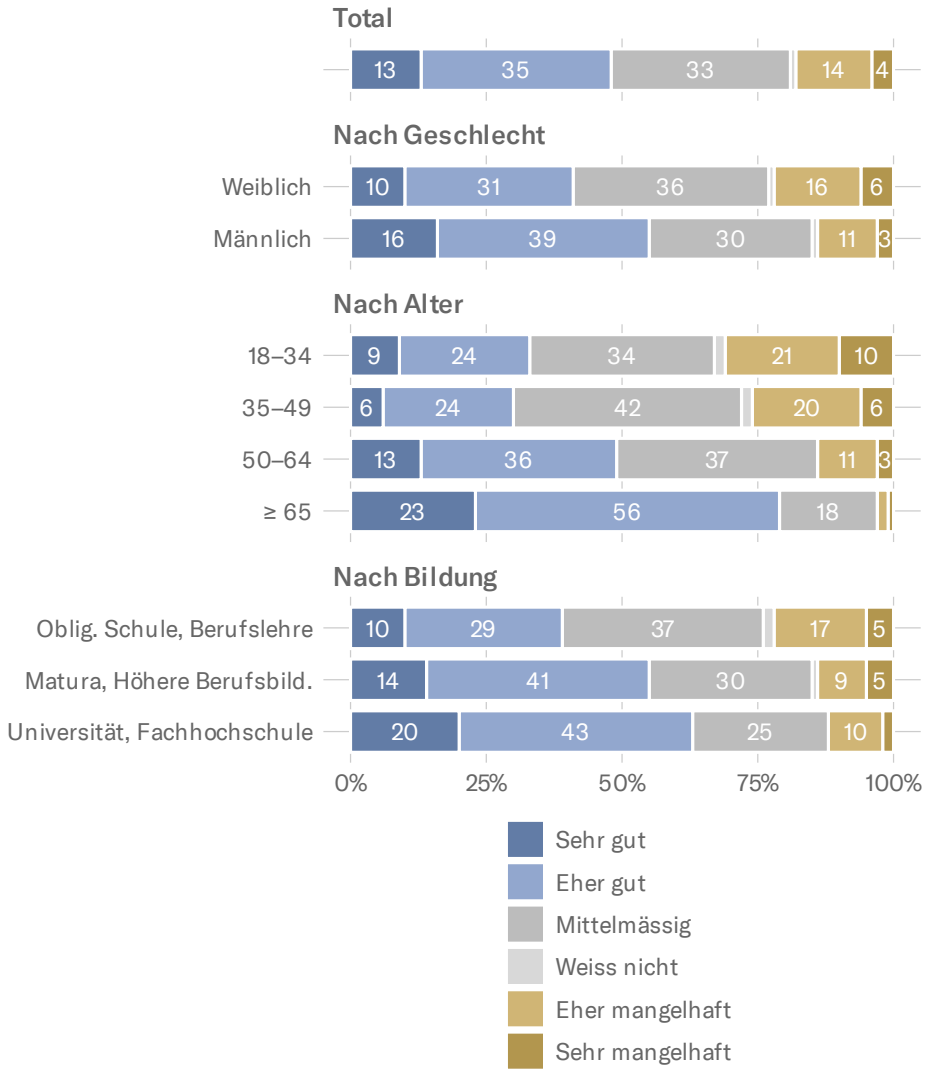
«Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Altersvorsorge?»



Obwohl das Thema Altersvorsorge jeden betrifft, schätzen nur rund 50 Prozent der Bevölkerung ihr Wissen dazu als eher oder sehr gut ein (Abb. 4). Besonders deutlich zeigen sich Wissenslücken bei Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau sowie bei Jüngeren bis Mittelalten – also gerade in jener Lebensphase, in der frühzeitige Massnahmen für die Vorsorge langfristig besonders entscheidend wären. Auffallend sind zudem geschlechtsspezifische Unterschiede: Während 55 Prozent der Männer ihr Vorsorgewissen als (eher) gut einschätzen, sind es bei den Frauen lediglich 41 Prozent – und das, obwohl Frauen im Durchschnitt oft geringere Vorsorgeleistungen aufweisen. Gerade für sie wäre ein fundiertes Wissen umso wichtiger, um finanziellen Nachteilen im Alter gezielt entgegenzuwirken.

Selbsteinschätzung Altersvorsorgewissen – nach Soziodemografie (Abb. 4)

«Wie würden Sie ganz generell Ihr eigenes Wissen über Altersvorsorge einschätzen?»



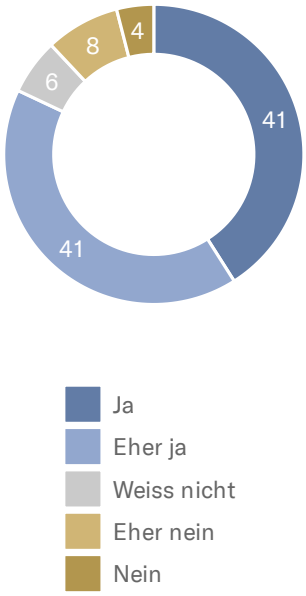
Die Komplexität des Vorsorgesystems trägt wesentlich dazu bei, dass sich viele Menschen unzureichend informiert fühlen. Umso wichtiger ist es, den Zugang zu verständlichen und alltagsnahen Informationen zu erleichtern – digitale Lösungen könnten hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wie gross solch ein Bedarf tatsächlich ist, zeigt sich in der breiten Offenheit der Bevölkerung gegenüber einer digitalen Vorsorgeplattform: 82 Prozent könnten sich grundsätzlich vorstellen, eine Plattform zu nutzen, die ihre persönliche Vorsorgesituation – bestehend aus den drei Säulen AHV, Pensionskasse und Säule

3a – übersichtlich abbildet und sie bei der Vorsorgeplanung unterstützt (Abb. 5).

Interesse an digitaler Vorsorgeplattform (Abb. 5)

«Angenommen, es gäbe eine digitale Plattform, die Ihre Altersvorsorgesituation (AHV, Pensionskasse, Säule 3a) übersichtlich darstellt. Würden Sie diese für Ihre Vorsorgeplanung nutzen?»



Bedürfnisse und Prioritäten im Zusammenhang mit dem Thema Altersvorsorge sind das eine – die Bereitschaft, selbst etwas für eine bessere Altersvorsorge zu tun, das andere. Zwei Drittel der Befragten zeigen sich gewillt, konkrete Massnahmen zu ergreifen, um ihre Altersvorsorgesituation zu verbessern. Rund ein Drittel hingegen ist nicht bereit, dafür zusätzliche finanzielle Mittel, Zeit oder Arbeit aufzuwenden (Abb. 6).

Lieber mehr sparen als mehr oder länger arbeiten.

Massnahmen zur Verbesserung der Altersvorsorge – nach Alter (Abb. 6)

«Was wären Sie persönlich bereit zu tun, um Ihre Altersvorsorge zu verbessern?»

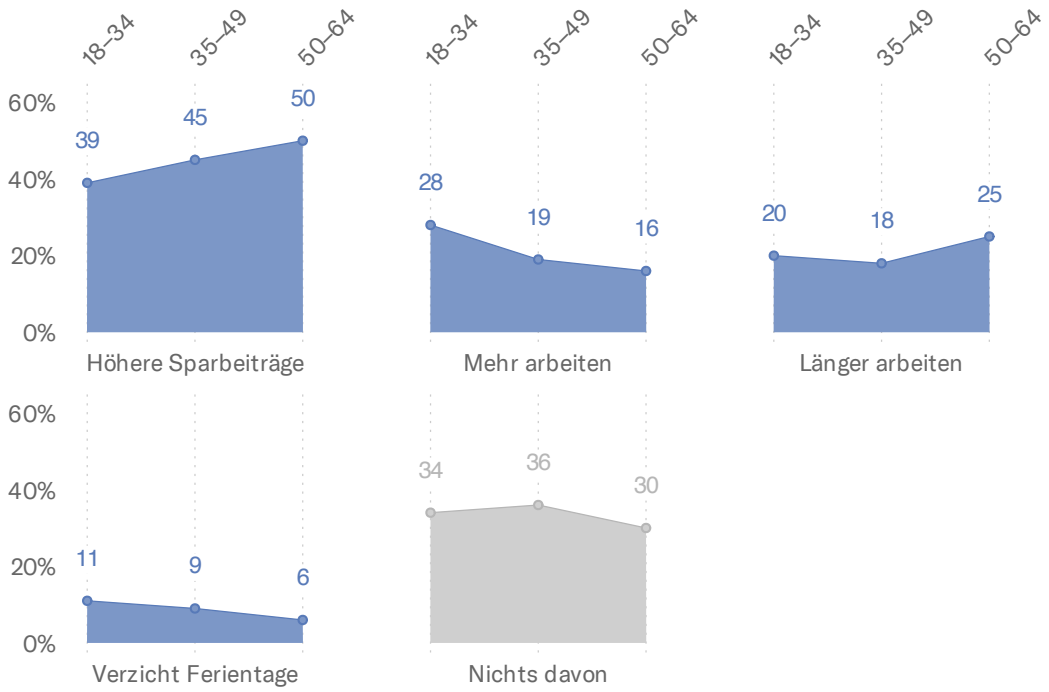


Abbildung 6 zeigt die Bereitschaft verschiedener Altersgruppen, Massnahmen zur Verbesserung ihrer Altersvorsorge zu ergrei-

fen. Interessant ist, dass die Erhöhung der Sparbeiträge die bevorzugte Massnahme zur Verbesserung der Altersvorsorge darstellt – und dies über alle Altersgruppen hinweg. Während diese Massnahme bei der Hälfte, der über 50-Jährigen auf Zuspruch stösst, macht dieser Anteil bei den unter 35-Jährigen 39 Prozent aus. Diese Altersgruppe zeigt ausserdem die grösste Bereitschaft, ihr Arbeitspensum zugunsten einer besseren Altersvorsorge zu erhöhen (28 %). Rund jede fünfte Person unter 50 Jahren und jede vierte ab 50 wäre sogar bereit, dafür ein späteres Rentenalter in Kauf zu nehmen. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass nur wenige bereit sind, ihre Zeit (in Form von Ferientagen) für die Altersvorsorge zu opfern, während zusätzliche Arbeitszeit oder finanzielle Beiträge deutlich eher in Kauf genommen werden – ein Hinweis auf den hohen Stellenwert von Zeit in der heutigen Gesellschaft?

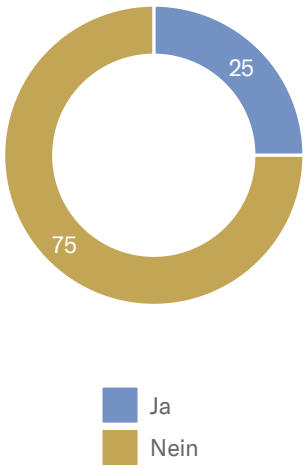
2.2 ZEITWERTKONTO ALS SÄULE DER VORSORGE

Ein gesellschaftlicher Wandel lässt sich in der Arbeitswelt beobachten, die sich zunehmend von klassischen Berufsbiografien – mit drei abgegrenzten Phasen von Ausbildung, Berufstätigkeit und Ruhestand – entfernen. Mit dieser Veränderung wächst auch die Nachfrage nach flexibleren Vorsorgemodellen, die aktuelle Lebensrealitäten wie Weiterbildungen, Care-Arbeit, Auszeiten und Neuorientierungen berücksichtigt. Ein in Deutschland erprobter Ansatz ist das Zeitwertkonto – auch Lebensarbeitszeitkonto genannt. Dieses ermöglicht es Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, Überstunden oder nicht genutzte Ferientage in ein spezielles Konto einzuzahlen. Zusätzliche Zeit kann durch finanzielle Beiträge «eingekauft» werden. Das angesparte Guthaben kann dann flexibel für die Finanzierung von Auszeiten wie Weiterbildung, Sabbaticals, Elternzeit, Pflege von Angehörigen oder eine frühere Pensionierung genutzt werden.

In der Schweiz ist dieser Ansatz bislang weitgehend unbekannt: Drei Viertel der Befragten geben an, noch nie von einem Zeitwertkonto gehört zu haben (Abb. 7).

Bekanntheit Zeitwertkonto (Abb. 7)

«Haben Sie schon einmal von einem Zeitwertkonto gehört?»

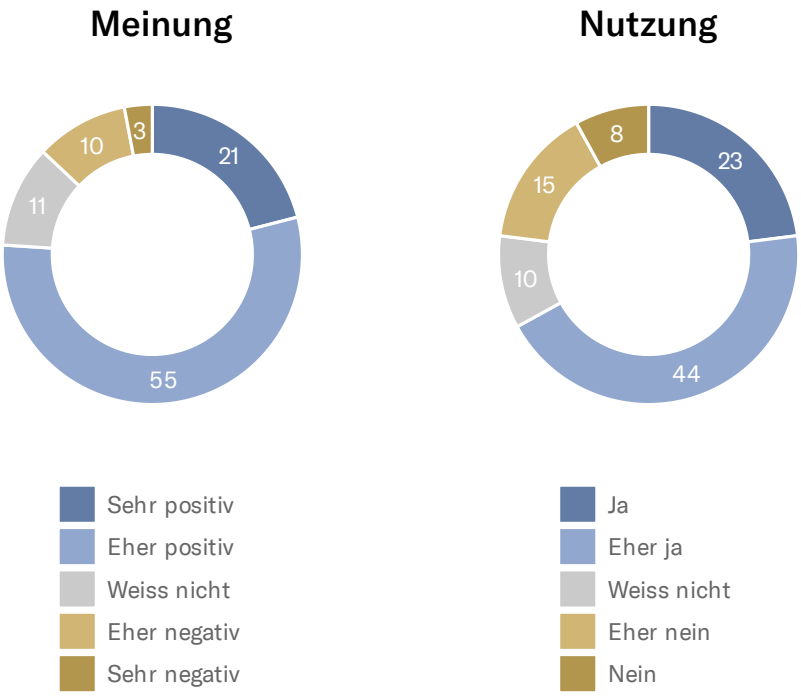


Werden die Befragten mit dem Konzept des Zeitwertkontos vertraut gemacht, zeigen sie sich sehr offen für diesen Ansatz. 76 Prozent beurteilen die Idee eines Zeitwertkontos positiv (Abb. 8, links). Zwei Drittel der Befragten können sich grundsätzlich vorstellen, ein Zeitwertkonto selbst zu nutzen (Abb. 8, rechts).

Eine deutliche Mehrheit hätte Interesse an einem Zeitwertkonto.

Bewertung von und Interesse an Zeitwertkonto (Abb. 8)

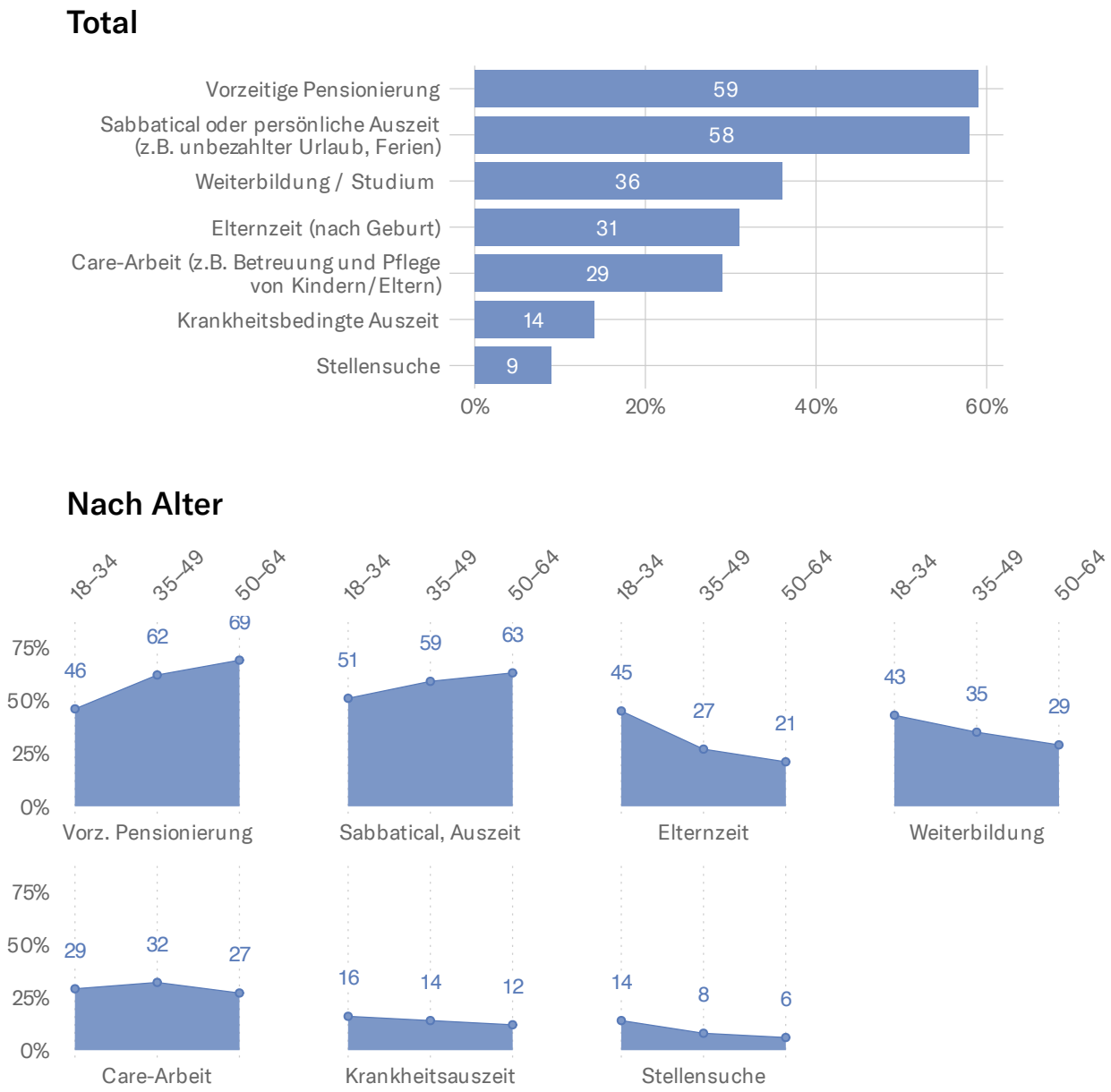
Meinung: «Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Idee eines Zeitwertkontos?»; Nutzung: «Könnten Sie sich persönlich vorstellen, ein Zeitwertkonto zu nutzen?» bzw. «Hätten Sie sich persönlich vorstellen können, ein Zeitwertkonto zu nutzen?» – für Pensionierte



Doch für welche Zwecke würde ein solches Zeitwertkonto eingesetzt? Die grösste Motivation liegt in der Möglichkeit, vorzeitig in Pension zu gehen – 59 Prozent der Interessierten würden das Konto für diesen Zweck einsetzen (Abb. 9). Aber auch andere Formen der Verwendung sind gefragt: 58 Prozent sehen es als Chance, ein Sabbatical oder eine persönliche Auszeit zu finanzieren und 36 Prozent würden in Betracht ziehen, das angesparte Guthaben für eine Weiterbildung oder ein Studium zu nutzen. Insbesondere bei jüngeren Personen trifft dieser Verwendungszweck auf Zuspruch. Bei den unter 35-Jährigen gibt fast jeder Zweite an, ein Zeitwertkonto für eine Weiterbildung (43 %) oder für die Verlängerung der Elternzeit nach der Geburt eines Kindes (45 %) benutzen zu wollen.

Gründe für Zeitwertkonto-Nutzung – Total und nach Alter (Abb. 9)

«Welche der folgenden Situationen kämen für Sie als Hauptgrund/Hauptgründe in Frage, ein Zeitwertkonto zu nutzen?» – nur Personen, die Interesse an Nutzung eines Zeitwertkontos haben, nur Erwerbsbevölkerung

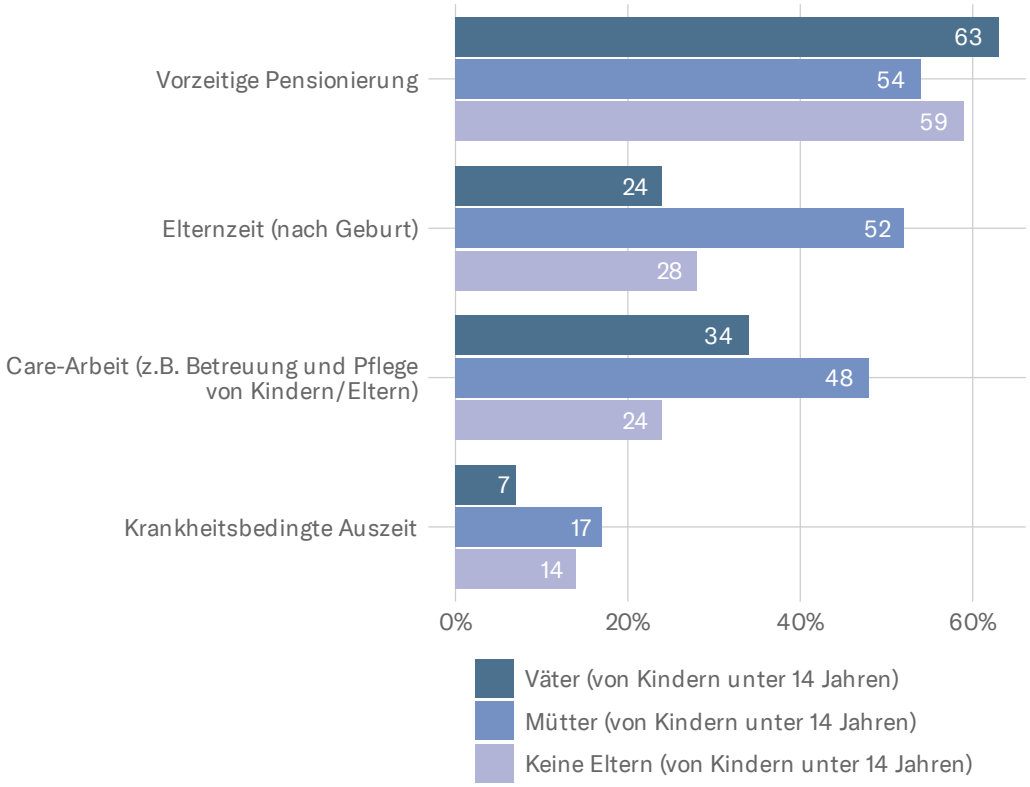


Angesichts der Debatte über die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit in der Gesellschaft lohnt sich auch ein direkter Blick auf die Eltern (Abb. 10). Etwa die Hälfte der Mütter, die sich eine Nutzung des Zeitwertkontos vorstellen können, würde damit ei-

ne Elternzeit oder Phasen der Care-Arbeit (z.B. Betreuung und Pflege von Kindern/Eltern) finanzieren. Bei den Vätern ist das Interesse geringer: Jeder Vierte bzw. Dritte würde das Konto für diese Zwecke nutzen. Dafür sehen 63 Prozent im Zeitwertkonto eine Möglichkeit für eine vorzeitige Pensionierung – bei den Müttern sind es 54 Prozent.

Gründe für Zeitwertkonto-Nutzung – nach Elternschaft (Abb. 10)

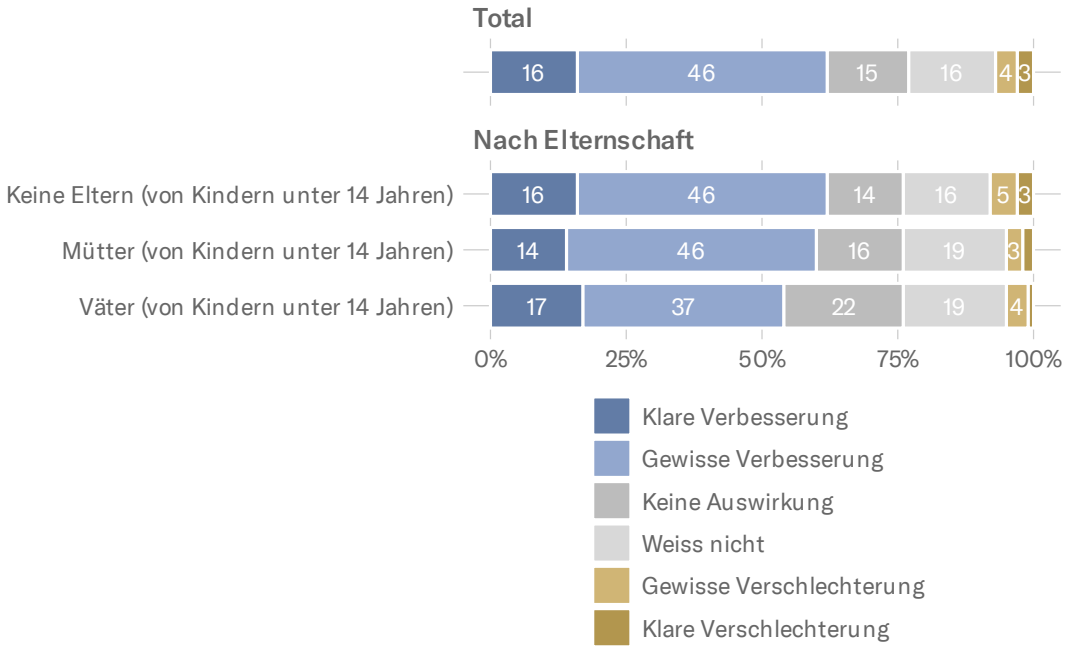
«Welche der folgenden Situationen kämen für Sie als Hauptgrund/Hauptgründe in Frage, ein Zeitwertkonto zu nutzen?» – nur Personen, die Interesse an Nutzung eines Zeitwertkontos haben, nur Erwerbsbevölkerung



Wird die Schweizer Bevölkerung direkt danach gefragt, wie sich ein Zeitwertkonto auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben auswirken würde, zeichnet sich ein positives Bild ab. Etwas weniger als zwei Drittel (62 %) erwarten eine Verbesserung, wobei die meisten von einer gewissen Verbesserung ausgehen (46 %, Abb. 11).

Einfluss von Zeitwertkonto auf Work-Life-Balance – nach Elternschaft (Abb. 11)

«Wie würde sich ein Zeitwertkonto ihrer Meinung nach auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben auswirken?»



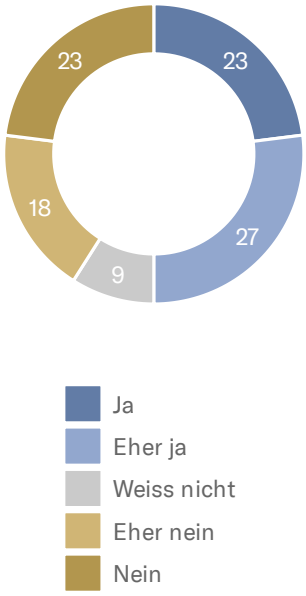
Ein möglicher Grund für die vorsichtige Euphorie könnte sein, dass das Guthaben im Zeitwertkonto erst angespart werden muss und die Nutzungsmöglichkeiten somit stark von den individuellen Ressourcen abhängen. Der Nutzen eines Zeitwertkontos setzt nämlich voraus, dass zuvor finanzielle, zeitliche oder arbeitsbezogene Ressourcen aufgebracht wurden. Besonders Mütter stehen hier vor einer Herausforderung: Gerade in Phasen der Elternzeit oder Care-Arbeit, in denen sie am meisten von einem Zeitwertkonto profitieren könnten, hatten sie oft noch nicht ausreichend Gelegenheit, genügend Zeitguthaben anzusparen. Ein möglicher Ansatz, um diese Hürde zu verringern, wäre die Einführung eines «Zeitkredits» oder die Möglichkeit, Zeitwertguthaben zwischen Eltern zu übertragen. Dennoch bewerten Mütter den Einfluss auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben etwas positiver: 60 Prozent erwarten eine klare oder gewisse Verbesserung, im Vergleich zu 54 Prozent der Väter (Abb. 11).

Die Hälfte würde für ein halbes Jahr bezahlte Auszeit ein Jahr später in Rente.

Ein weiterer Ansatz, der das Potenzial hat, die Vorsorgewelt an die heutigen Bedürfnisse anzupassen, ist ein direktes Tauschgeschäft mit Zeit. So kann sich jede zweite befragte Person vorstellen, ein Jahr später in Pension zu gehen, wenn sie dafür in früheren Jahren eine bezahlte Auszeit von sechs Monaten beziehen kann (Abb. 12). Auch diese Möglichkeit könnte sich im Rahmen eines Zeitwertkontos realisieren lassen und hätte neben dem flexiblen Bezug einer Auszeit auf individueller Ebene das Potenzial, Berufstätige länger im Erwerbsleben zu halten und gleichzeitig die gesellschaftliche Rentenlast zu minimieren.

Pension oder Auszeit (Abb. 12)

«Könnten Sie sich vorstellen, ein Jahr später in Pension zu gehen, wenn Sie dafür während Ihres Berufslebens eine bezahlte Auszeit von 6 Monaten erhalten würden?» bzw. «Hätten Sie sich vorstellen können, ein Jahr später in Pension zu gehen, wenn Sie dafür während Ihres Berufslebens eine bezahlte Auszeit von 6 Monaten erhalten hätten?» – für Pensionierte

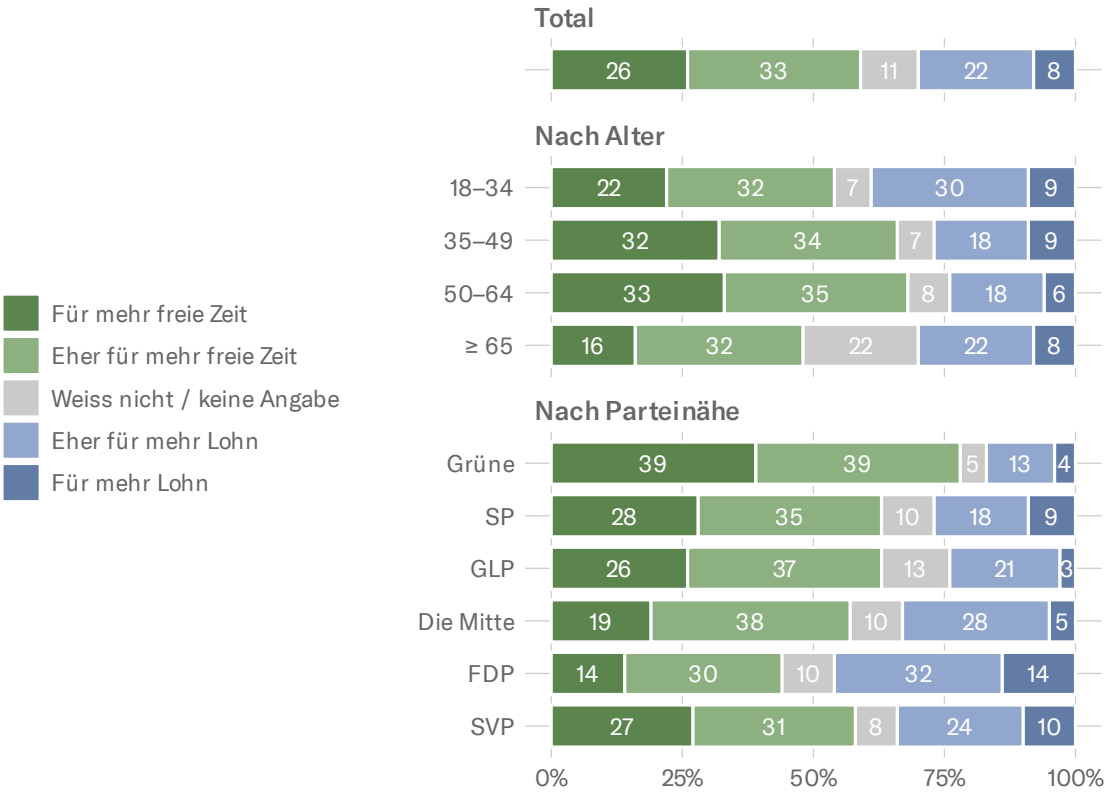


Zeit – insbesondere im Hier und Jetzt – wird von der Mehrheit der Bevölkerung als besonders wertvolles Gut angesehen. Vor die Wahl zwischen mehr freier Zeit oder zusätzlichem Lohn (durch mehr Arbeit) gestellt, würden sich 59 Prozent der Befragten in ihrer aktuellen Lebensphase (eher) für mehr freie Zeit entscheiden (Abb. 13). 11 Prozent sind unentschlossen, während 30 Prozent die Wahl (eher) zugunsten von mehr Lohn treffen würden. Spannend dabei: Vor allem Personen zwischen 35 und 64 Jahren setzen auf Zeit statt Geld – was mit familiären Verpflichtungen oder einer Verschiebung der persönlichen Prioritäten zusammenhängen könnte. Auch ein Blick auf politische Muster lohnt sich in diesem Zusammenhang: Während mehr Lohn bei FDP-nahen Befragten stärker gewichtet wird,

bevorzugen Befragte der politischen Mitte bis Links tendenziell mehr freie Zeit – ein Bild, das durchaus gängigen Stereotypen entspricht.

Lohn oder freie Zeit – nach Soziodemografie (Abb. 13)

«Wenn Sie in Ihrer momentanen Lebensphase die Wahl hätten zwischen mehr Lohn (durch mehr Arbeiten) und mehr freier Zeit, wofür entscheiden Sie sich?»



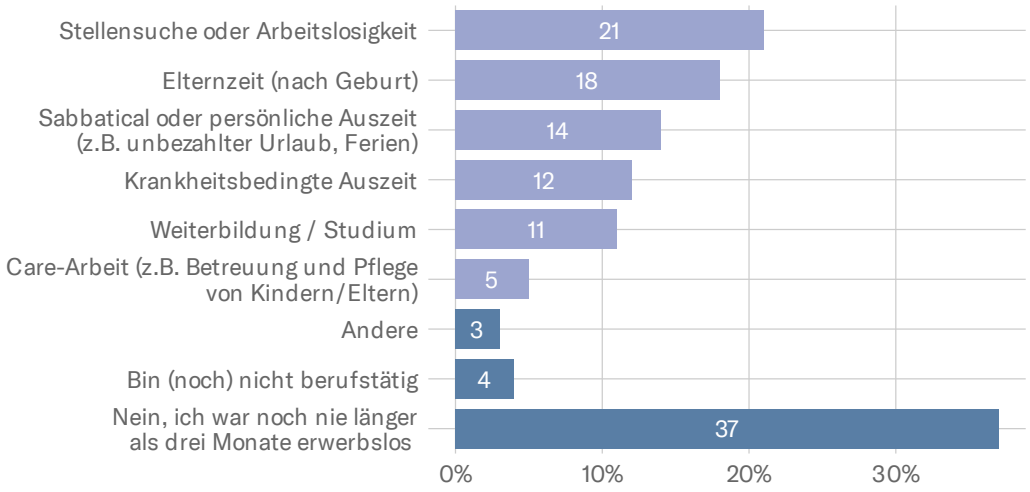
Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen eine grundsätzliche Offenheit und ein wachsendes Bedürfnis in der Gesellschaft nach Vorsorgelösungen, die an die individuellen Lebensrealitäten angepasst sind. In diesem Kontext rückt zunehmend die Frage in den Vordergrund, wie eine «Vorsorge fürs Lebens» unter Berücksichtigung unterschiedlicher und teils lückenhafter Erwerbsbiografien aussehen könnte.

2.3 VORSORGE TROTZ ERWERBSLOSIGKEIT

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung war im Laufe ihres Lebens bereits für eine Dauer von mindestens drei Monaten nicht erwerbstätig – am häufigsten aufgrund von Stellensuche oder Arbeitslosigkeit (21 %), gefolgt von Elternzeit (18 %), einem Sabbatical oder einer persönlichen Auszeit (14 %, Abb. 14). Gleichzeitig geben 37 Prozent an, seit dem Beginn ihres Berufslebens nie länger als drei Monate erwerbslos gewesen zu sein.

Erwerbslosigkeit und deren Gründe (Abb. 14)

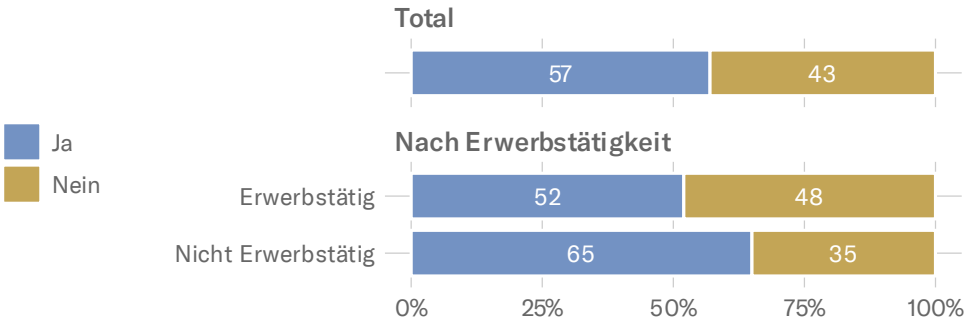
«Waren Sie seit Beginn Ihres Berufslebens schon einmal länger als drei Monate nicht erwerbstätig? Wenn ja, was war der Grund/waren die Gründe dafür?»



Längere Erwerbsunterbrüche haben Folgen für die individuelle Vorsorgesituation: Einerseits können Lücken in der Pensionskasse entstehen, andererseits ist es in der Schweiz derzeit nicht möglich, während Phasen der Nichterwerbstätigkeit in die private Vorsorge der Säule 3a einzuzahlen. 43 Prozent der Bevölkerung weiss nicht, dass Nichterwerbstätige nicht in die private Vorsorge einzahlen können und auch einem Drittel der derzeit nicht Erwerbstätigen ist dies nicht bekannt (Abb. 15).

Kenntnis keine Säule 3a Einzahlung für Nichterwerbstätige – nach Erwerbstätigkeit (Abb. 15)

«In der Schweiz ist es für Nichterwerbstätige derzeit nicht möglich in die Säule 3a einzuzahlen. War Ihnen dies bekannt?»

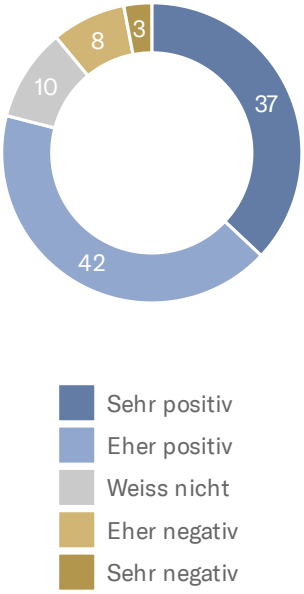


Nichterwerbstätigen Einzahlung in Säule 3a ermöglichen ist der beliebteste Reformansatz.

Eine Anpassung dieser Regelung könnte es Nichterwerbstätigen ermöglichen, ihre private Altersvorsorge zu verbessern, könnte aber durch die steuerliche Begünstigung zu einer höheren Belastung der öffentlichen Finanzen führen. Vor diesem Hintergrund wurde die Bevölkerung nach ihrer Haltung zu einer möglichen Reform für die Säule 3a gefragt – 79 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, die Einzahlung in die Säule 3a auch Nichterwerbstätigen zu ermöglichen (Abb. 16).

Bewertung Säule 3a Einzahlung für Nichterwerbstätige (Abb. 16)

«Wie beurteilen Sie den Vorschlag, dass auch Nichterwerbstätige (z.B. während der Elternzeit, Elternpflege) in die Säule 3a einzahlen können?»

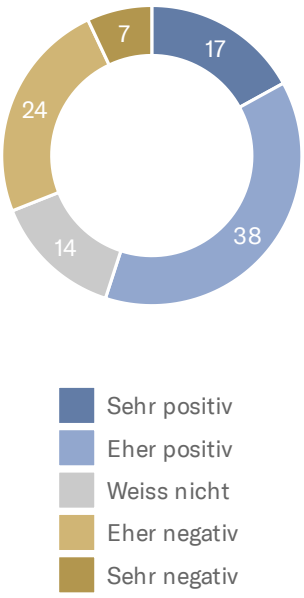


Wie bereits in Abbildung 14 gezeigt, war knapp jede fünfte befragte Person schon einmal aufgrund von Elternzeit und fünf Prozent aufgrund von Care-Arbeit während mehr als drei Monaten nicht erwerbstätig. Neben den Bedenken um die Altersvorsorge können längere Phasen der Erwerbslosigkeit Betroffene auch im Hier und Jetzt vor finanzielle Herausforderungen stellen. Derzeit ist ein Vorbezug von Geldern aus der Säule 3a nur für bestimmte Zwecke möglich – nämlich für den Erwerb von Wohneigentum oder den Schritt in die Selbstständigkeit. Im Rahmen der Studie wurde deshalb erhoben, wie die Bevölkerung zu einer möglichen Ausweitung dieser Bezugsgründe steht. Eine knappe Mehrheit von 55 Prozent ist dem Vorschlag, den Bezug von Säule 3a-Vorsorgegeldern während Lebensphasen der Care-Arbeit (z.B. Elternzeit oder El-

ternpflege) zu ermöglichen gegenüber (eher) positiv eingestellt (Abb. 17).

Bewertung Säule 3a Vorbezug bei Care-Arbeit (Abb. 17)

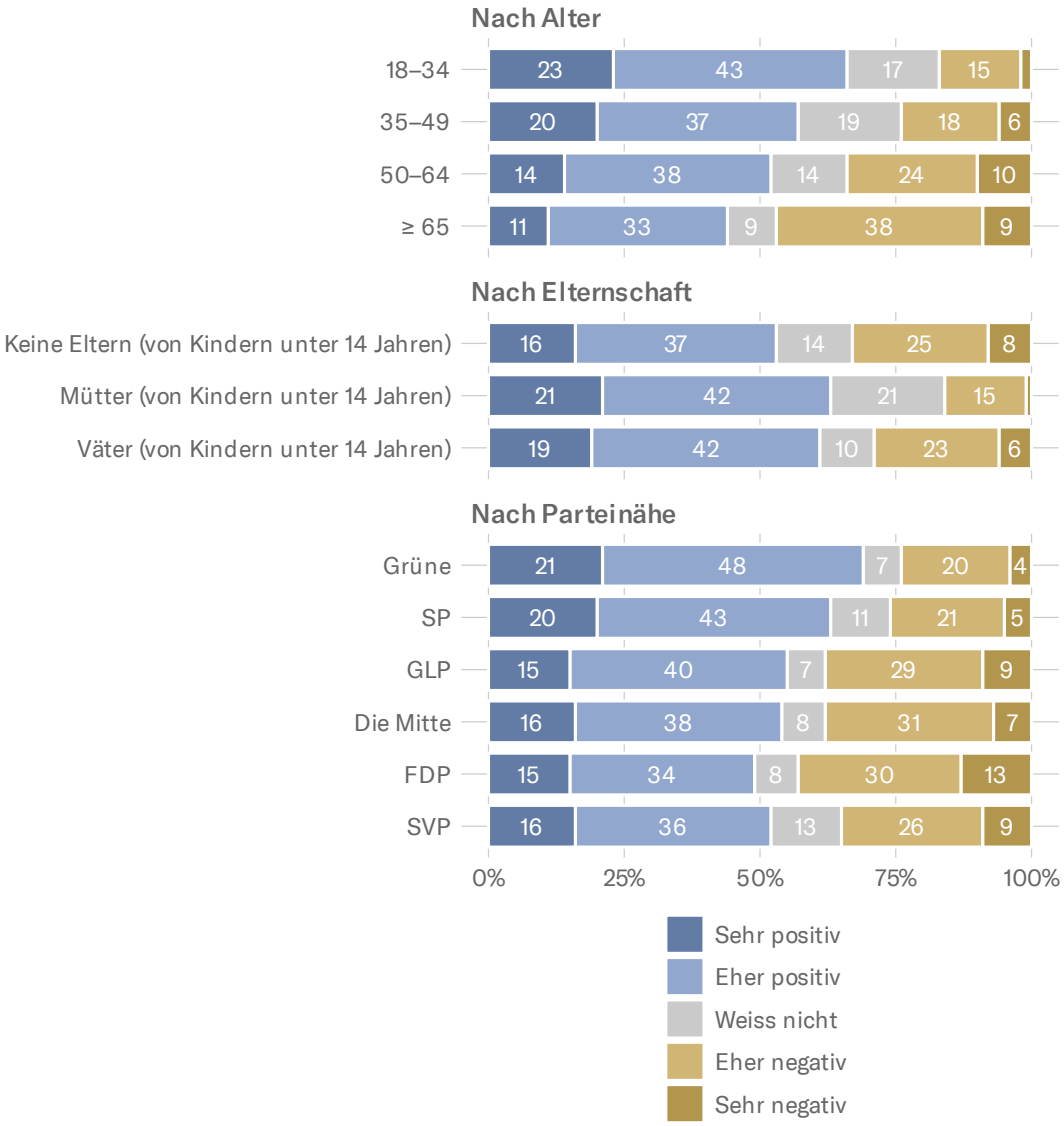
«Wie beurteilen Sie den Vorschlag, den Bezug von Säule 3a-Vorsorgegeldern während Lebensphasen der Care-Arbeit (z.B. Elternzeit oder Elternpflege) zu ermöglichen?»



Ein Blick auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zeigt Unterschiede in der Haltung zum Vorbezug für Care-Arbeit: Besonders Eltern – und hier insbesondere Mütter – sowie jüngere Befragte und politisch links Orientierte unterstützen den Vorschlag überdurchschnittlich häufig (Abb. 18). In diesen Gruppen befürworten ihn etwa zwei Drittel der Personen. Mit zunehmendem Alter nimmt die Zustimmung ab.

Bewertung Säule 3a Vorbezug bei Care-Arbeit – nach Soziodemografie (Abb. 18)

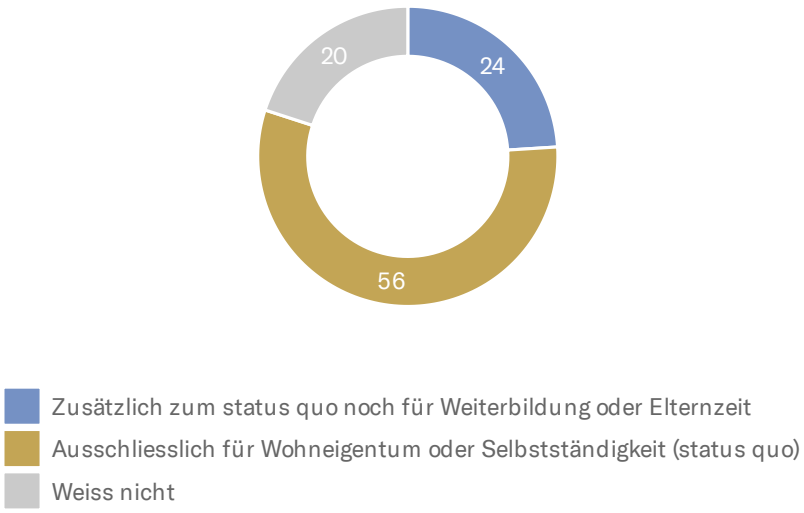
«Wie beurteilen Sie den Vorschlag, den Bezug von Säule 3a-Vorsorgegeldern während Lebensphasen der Care-Arbeit (z.B. Elternzeit oder Elternpflege) zu ermöglichen?»



Wird der Kreis möglicher Verwendungszwecke erweitert – auf eine Weiterbildung oder eine Elternzeit –, zeigt sich eine zurückhaltendere Haltung in der Bevölkerung. Eine Mehrheit von 56 Prozent spricht sich dafür aus, an der heutigen Regelung festzuhalten und den Vorbezug von Vorsorgegeldern weiterhin auf Wohneigentum und Selbstständigkeit zu beschränken. Nur 24 Prozent befürworten eine Ausweitung der Bezugsgründe auf diese Lebensphasen.

Nutzung von Altersvorsorgegeldern vor Rentenalter (Abb. 19)

«Wofür sollten private Altersvorsorgegelder Ihrer Meinung nach vor dem Eintritt in das Rentenalter genutzt werden können?»



Trotz einer gewissen Zurückhaltung gegenüber einzelnen Reformideen zeigt diese Studie: Die Schweizer Bevölkerung ist grundsätzlich bereit, vom Status quo der Vorsorge abzuweichen – entscheidend ist jedoch die konkrete Ausgestaltung des Vorschlags. Das folgende Kapitel zeigt auf, in welchen Bereichen mit Blick auf eine sich wandelnde Arbeitswelt Offenheit für Veränderungen im Vorsorgesystem besteht – und wo die Bereitschaft zur Anpassung an seine Grenzen stösst.

Vorsorge für eine neue Arbeitswelt

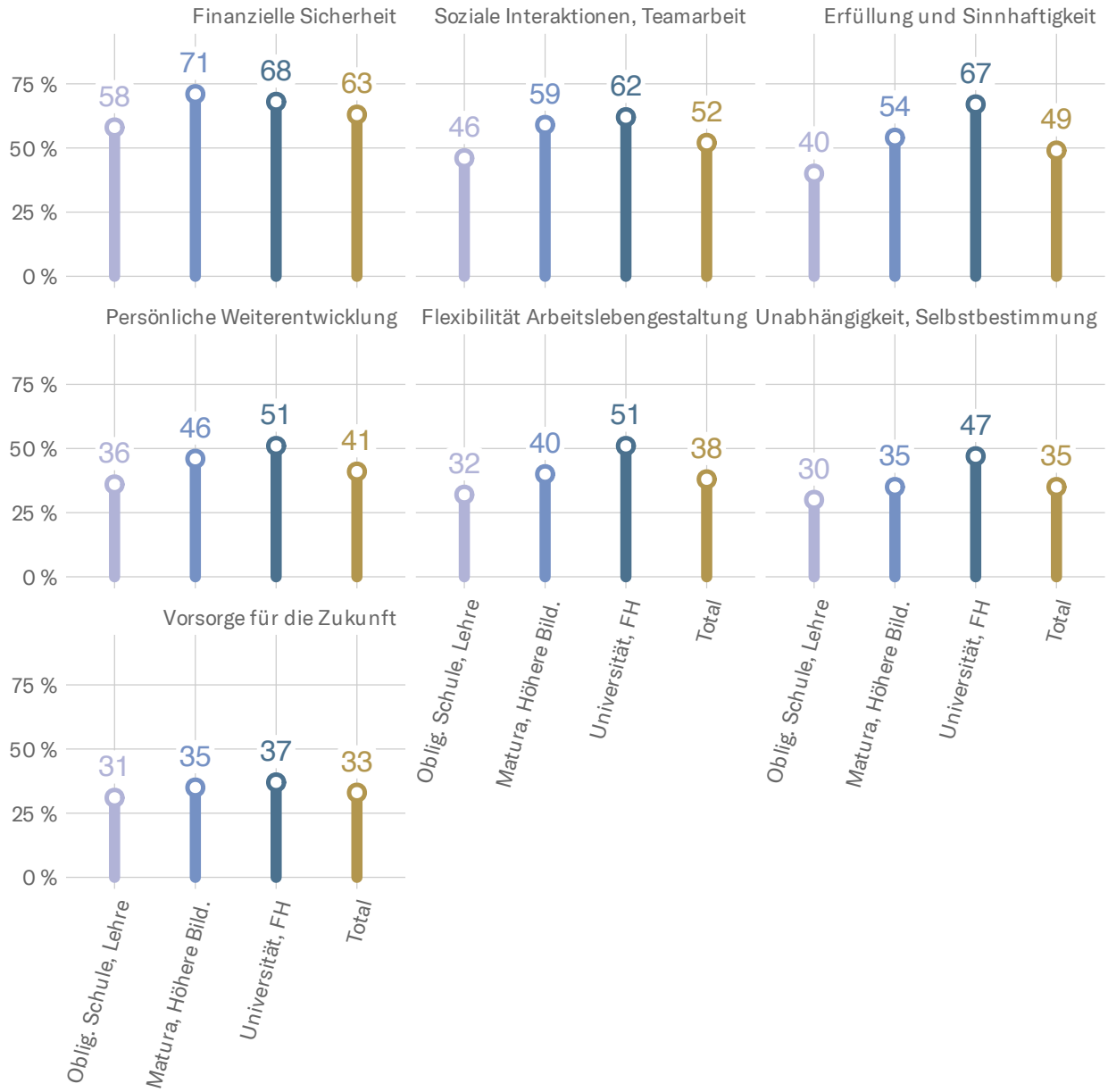
Dieses Kapitel beleuchtet den Wandel der Arbeitswelt und Reformideen, die versuchen, das Vorsorgesystem an diese Entwicklungen anzupassen. Was schätzt die Bevölkerung an der Arbeit? Wie steht sie zu Vorschlägen, das Pensionskassensystem stärker auf Personen mit tiefem Einkommen, hybride Erwerbsmodelle oder eine Erwerbstätigkeit im Rentenalter auszurichten? Wer kann sich vorstellen auch über das Rentenalter hinaus weiterzuarbeiten – und welche Massnahmen könnten dabei helfen, bestehende Barrieren abzubauen?

3.1 ARBEIT, EINKOMMEN UND DER GEDANKE AN VORSORGE

Was genau macht Arbeit für die Menschen in der Schweiz aus? Abbildung 20 zeigt, dass die finanzielle Sicherheit in diesem Zusammenhang die oberste Priorität hat: Zwei Drittel der Befragten schätzen diesen Aspekt. Doch für viele ist Arbeit mehr als nur ein Mittel zum Lebensunterhalt und bietet auch Raum für Selbstverwirklichung.

Geschätzte Aspekte der Arbeit (Abb. 20)

«Was schätzen Sie grundsätzlich an der Arbeit?»



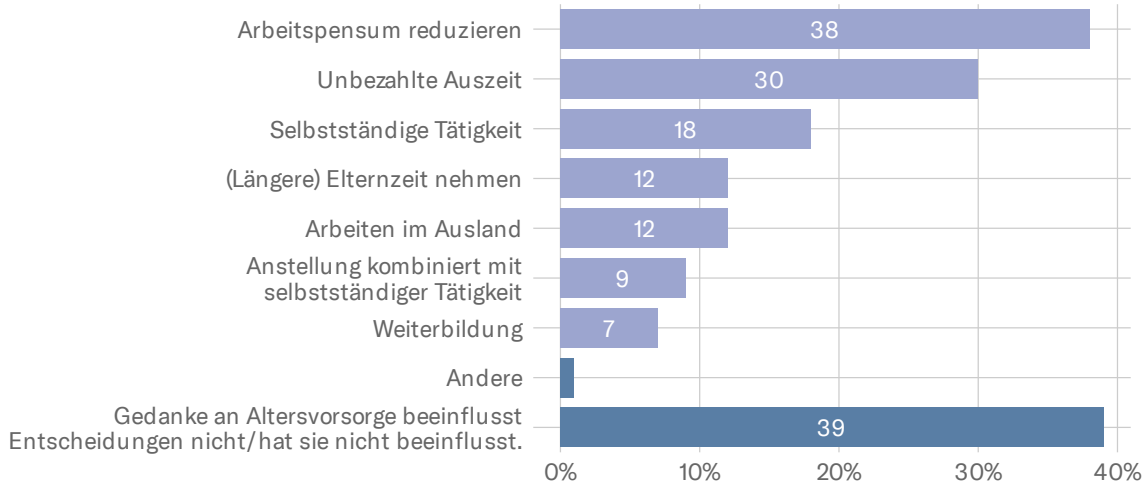
Bei Personen mit Tertiärbildung hat Erfüllung und Sinnhaftigkeit der Arbeit eine ähnlich hohe Priorität wie die finanzielle Sicherheit. Dies im Gegensatz zu Personen mit tiefem Bildungsniveau, für welche finanzielle Sicherheit mit Abstand am wichtigsten ist. Ganz allgemein schätzen Personen mit höherem Bildungsabschluss eine grössere Bandbreite an arbeitsbezogenen Werten als Personen mit niedrigerem Bildungsniveau. Vorsorge

für die Zukunft spielt unabhängig vom Bildungsniveau eine untergeordnete Rolle: Rund ein Drittel der Befragten schätzt die Möglichkeit, durch Arbeit für die Zukunft vorsorgen zu können. Die Vorsorge über die Arbeit geschieht in den meisten Fällen automatisch und ohne grosse Überlegungen, was wohl dazu beiträgt, dass viele Personen unterschätzen, wie wichtig die Arbeit ist, um den Lebensunterhalt im Alter zu sichern.

Direkt nachgefragt hat der Gedanke an die Vorsorge für viele aber durchaus einen signifikanten Einfluss auf individuelle Lebensentscheidungen: Für sechs von zehn Befragten hat die Sorge um die Altersvorsorge Entscheidungen bezüglich ihrer Arbeitsweise beeinflusst. 38 Prozent der Befragten geben an, ihr Arbeitspensum aus Sorge um ihre Altersvorsorge nicht reduziert zu haben. 30 Prozent würden aus denselben Gründen keine unbezahlte Auszeit nehmen, und fast jeder Fünfte (18 %) gibt an, deshalb keine selbstständige Tätigkeit aufzunehmen. Zugleich scheint für 39 Prozent der Befragten, der Gedanke an ihre Altersvorsorge keine Auswirkungen auf ihre Lebensentscheidungen zu haben.

Einfluss der Altersvorsorge auf Lebensentscheidungen (Abb. 21)

«Gibt es Dinge, die Sie aus Sorge um Ihre Altersvorsorge nicht machen bzw. nicht gemacht haben? Wenn ja, welche?»

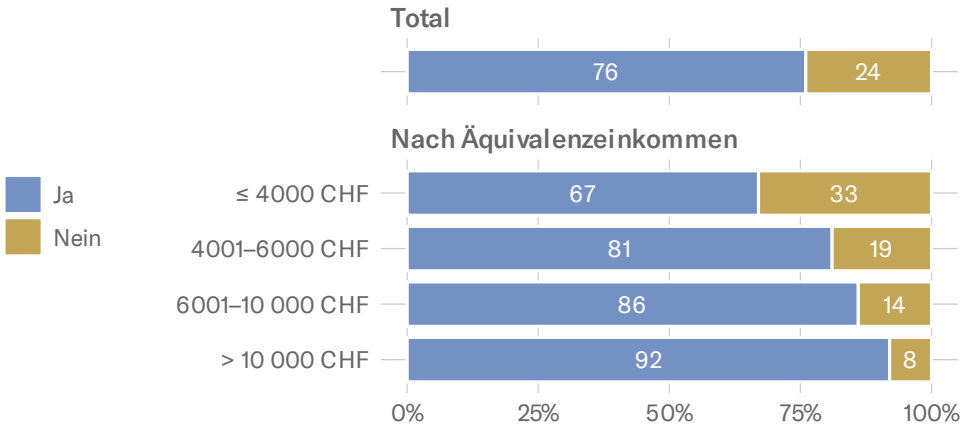


In der Schweiz sparen Personen mit tieferem Einkommen in der beruflichen Vorsorge proportional weniger als Erwerbstätige mit höherem Einkommen. Grund dafür sind der Koordinations-

abzug und die Eintrittsschwelle. Drei Viertel der Bevölkerung sind sich dessen bewusst. Besorgniserregend ist, dass gerade unter den Betroffenen das Wissen über diesen Umstand aber am geringsten ist: Einem Drittel der Befragten in der niedrigsten Einkommensklasse ist dieser Zusammenhang nicht bekannt (Abb. 22).

Kenntnis über Pensionskassengestaltung bei niedrigem Einkommen – nach Einkommen (Abb. 22)

«Heute sparen Personen mit niedrigem Einkommen in der beruflichen Vorsorge proportional weniger als Personen mit höherem Einkommen (Koordinationsabzug, Eintrittsschwelle). War Ihnen dies bekannt?»

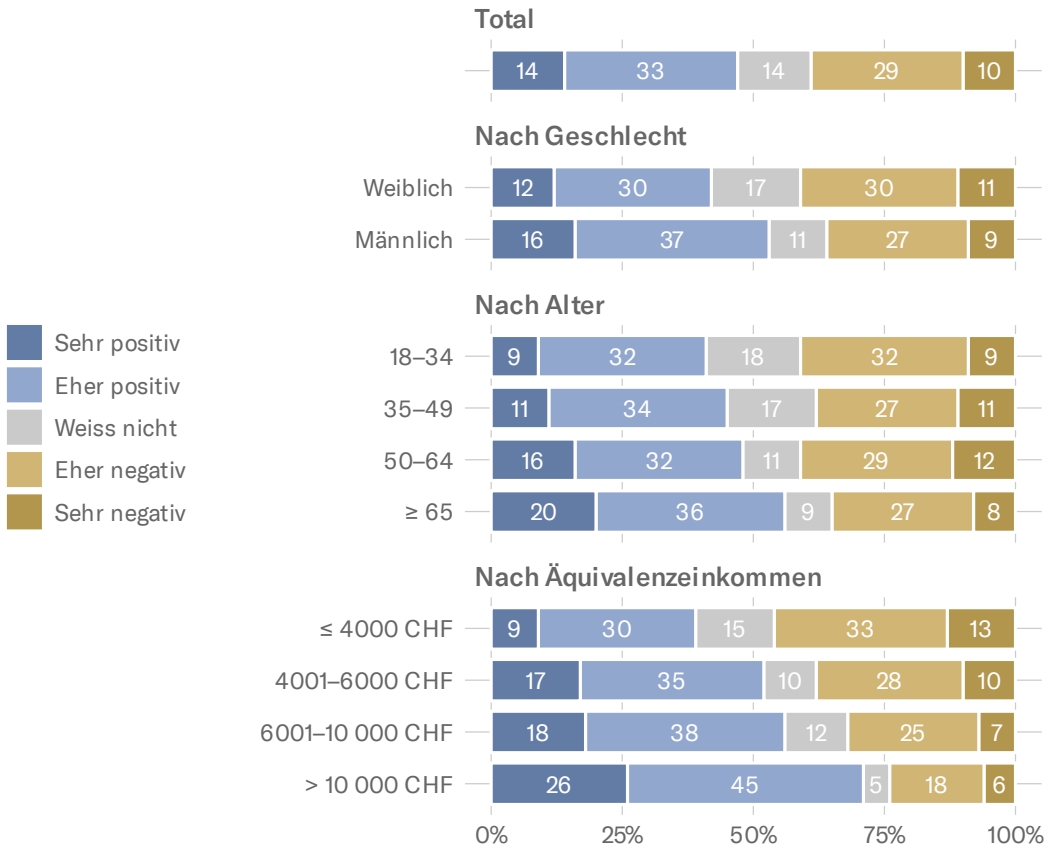


Die Anpassung des Koordinationsabzugs und der Eintrittsschwelle war in den letzten Jahren ein wiederkehrendes Thema politischer und gesellschaftlicher Debatten. Auch bei den Volksabstimmungen zur «Reform der beruflichen Vorsorge (BVG 21)» und der «Reform der Altersvorsorge 2020» standen diese Elemente im Fokus – beide Reformen wurden jedoch an der Urne abgelehnt.

Eine Anpassung des Koordinationsabzugs und der Eintrittsschwelle im Zusammenhang mit der Pensionskasse könnte es Personen mit niedrigem Einkommen zwar ermöglichen, ihre individuelle Altersvorsorge zu verbessern, würde jedoch auch zu einem niedrigeren Nettolohn während der Erwerbsphase führen. Fragt man nun die Bevölkerung nach ihrer Meinung zu diesem Vorschlag, zeigt sich ein gemischtes Bild. 47 Prozent der Befragten bewerten diesen Vorschlag (eher) positiv, während 39 Prozent ihm (eher) kritisch gegenüberstehen (Abb. 23).

Bewertung Pensionskassengestaltung bei niedrigem Einkommen – nach Soziodemografie (Abb. 23)

«Wie beurteilen Sie den Vorschlag, dass Personen mit einem niedrigen Einkommen höhere Sparbeiträge in die Pensionskasse einzahlen, um mehr Altersguthaben anzusparen?»



Vorschlag für höhere Sparbeiträge bei niedrigem Einkommen findet keine Mehrheit.

Während die Unterstützung für eine solche Reformidee bei älteren Personen, Männern und Besserverdienenden grösser ist, zeigt sich unter den am stärksten betroffenen Personen in der niedrigsten Einkommensklasse eine höhere Skepsis. 46 Prozent

von ihnen lehnen den Vorschlag (eher) ab, höhere Sparbeiträge zugunsten eines grösseren Altersguthabens in Kauf zu nehmen (Abb. 23).

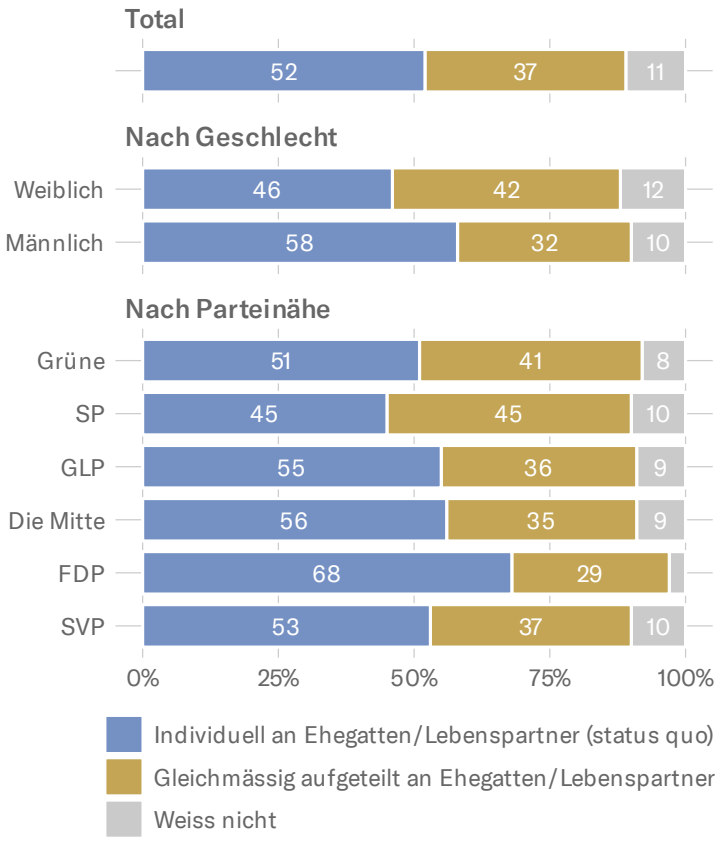
Wer bei Einzahlungen in der AHV oder Pensionskasse Lücken aufweist – etwa aufgrund von Erwerbslosigkeit oder Teilzeitarbeit durch Kinderbetreuung – spürt die Konsequenzen unter Umständen erst im Alter. Im Gegensatz zur AHV, bei der die Renten im Falle einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft automatisch zwischen den Partnern aufgeteilt werden, ist die Altersleistung in der Pensionskasse individuell – d.h. jede und jeder spart für sich.

Eine Reformidee, die neu auch im Bereich der beruflichen Vorsorge eine gleichmässige Aufteilung des angesparten Vermögens zwischen Ehe- bzw. Lebenspartnern vorsieht, stösst in der Bevölkerung jedoch auf Skepsis: 52 Prozent der Befragten sprechen sich für den Erhalt des heutigen Systems mit individuellem Pensionskassenvermögen aus (Abb. 24). Dabei hätte eine solche Massnahme grundsätzlich das Potential, geschlechtsspezifische Vorsorgelücken zu verringern – etwa bedingt durch Teilzeiterwerb oder Erwerbsunterbrüche aufgrund von Elternzeit oder unbezahlter Care-Arbeit, von denen noch immer insbesondere Frauen häufig betroffen sind. Zwar stehen Frauen dem Vorschlag etwas offener gegenüber als Männer, doch findet er in keiner Bevölkerungsgruppe eine klare Mehrheit. Besonders deutlich fällt die Ablehnung im politischen Lager der FDP aus: 68 Prozent der FDP-nahen Personen bevorzugen den Status quo und damit das individuelle Sparprinzip in der Pensionskasse.

Mehrheit lehnt die gleichmässige Aufteilung von Pensionskassenvermögen unter Partnern ab.

Meinung zu Aufteilung von Pensionskassenleistung (Abb. 24)

«Wie sollten Altersleistungen aus der Pensionskasse Ihrer Meinung nach an Ehegatten/Lebenspartner ausbezahlt werden?»



3.2 FESTANSTELLUNG TRIFFT SELBSTSTÄNDIGKEIT

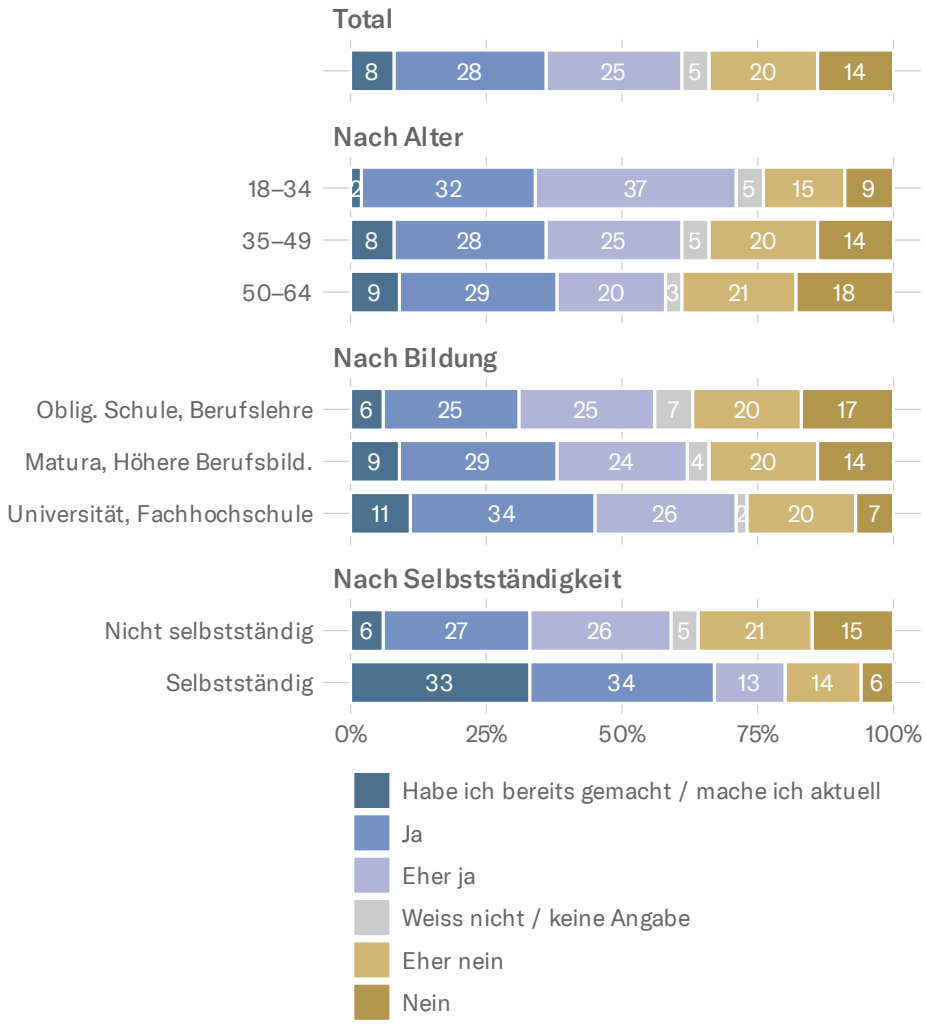
Hybrides Arbeiten – die Kombination einer angestellten und selbstständigen Tätigkeit – hat das Potenzial, die Sicherheit einer Festanstellung mit der Flexibilität der Selbstständigkeit zu vereinen und wird in der heutigen Arbeitswelt zunehmend beliebter. Mehr als die Hälfte der Erwerbsbevölkerung könnte sich vorstellen, im Laufe ihres Lebens hybrid zu arbeiten (Abb. 25). Besonders unter den Jüngeren und Personen mit höherem Bildungsabschluss ist das Interesse an einem hybriden Arbeitsmodell stark ausgeprägt – zwei von drei Befragten haben dies bereits gemacht oder könnten sich so ein Arbeitsmodell

grundsätzlich vorstellen. Unter den derzeit Selbstständigen zeichnet sich ein noch stärkeres Interesse ab: Ein Drittel übt bereits ein hybrides Arbeitsmodell aus oder hat es in der Vergangenheit ausgeübt. Insgesamt könnten sich 80 Prozent der Selbstständigen ein hybrides Arbeitsmodell im Laufe ihres Lebens vorstellen.

Ein hybrides Arbeitsmodell ist für jede zweite Person eine Option.

Einstellung zu hybridem Arbeiten – nach Soziodemografie (Abb. 25)

«Könnten Sie sich vorstellen, im Laufe Ihres Lebens mal gleichzeitig festangestellt und selbstständig zu arbeiten?» – nur Erwerbsbevölkerung

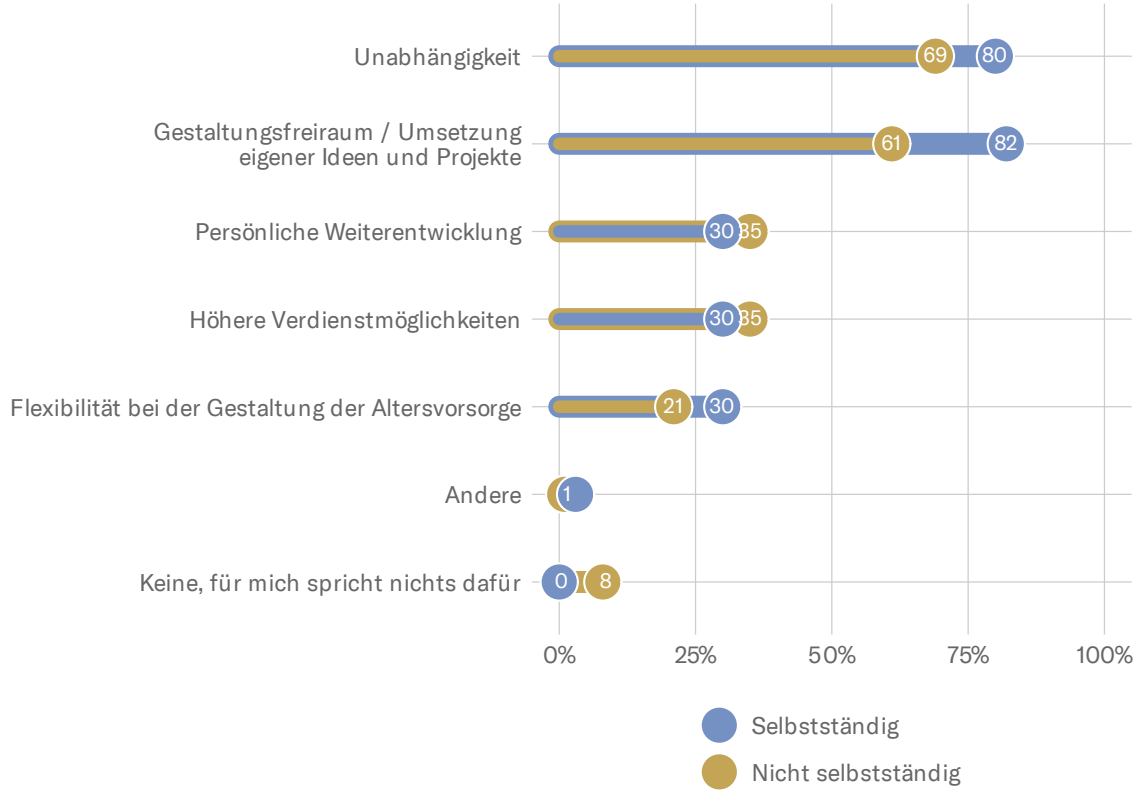


Der wichtigste Anreiz für eine Selbstständigkeit scheint bei Personen in der Selbständigkeit als auch bei den Nicht-Selbständigen in der damit verbundenen Unabhängigkeit und dem Gestaltungsfreiraum zu liegen (Abb. 26). Diese Aspekte werden von jeweils rund 80 Prozent der Selbstständigen und rund zwei Drittel der Nicht-Selbstständigen als entscheidendes Argument für eine Selbstständigkeit genannt. Die Möglichkeit zur persönlichen Weiterbildung und die Aussicht auf höhere Verdienstmöglichkeiten sind für rund ein Drittel der Befragten ein wesentlicher Motivationsfaktor. Darüber hinaus stellt laut 30 Prozent der Selbstständigen die Flexibilität bei der Gestal-

tung der Altersvorsorge einen Grund für die Selbstständigkeit dar.

Gründe für Selbstständigkeit – nach Selbstständigkeit (Abb. 26)

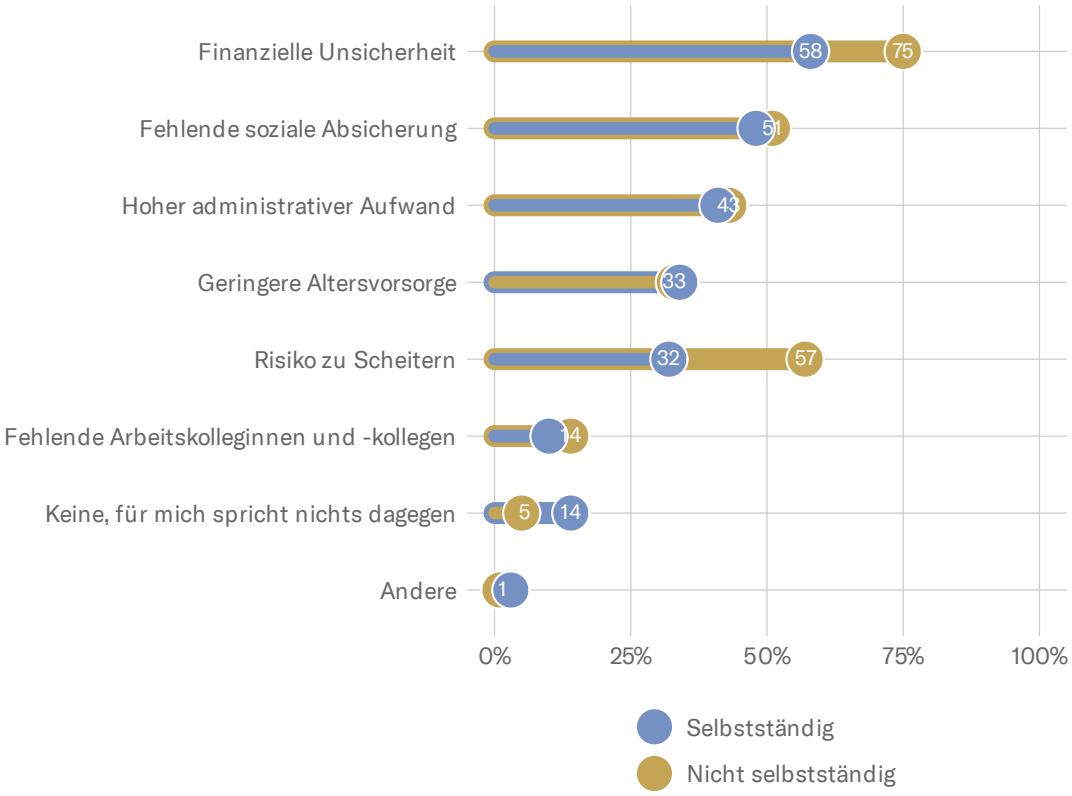
«Welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach am meisten für eine selbstständige Tätigkeit?» – nur Erwerbsbevölkerung



Die wichtigste Hürde beim Schritt in die Selbständigkeit ist die damit verbundene finanzielle Unsicherheit. So bewerten 75 Prozent der Nicht-Selbstständigen und 58 Prozent der Selbstständigen diese als wesentlichen Nachteil (Abb. 27). Weitere finanzielle Nachteile der Selbständigkeit betreffen die fehlende soziale Absicherung und die geringere Altersvorsorge, welche von rund der Hälfte bzw. einem Drittel der Befragten genannt werden.

Gründe gegen Selbstständigkeit – nach Selbstständigkeit (Abb. 27)

«Welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach am meisten gegen eine selbstständige Tätigkeit?» – nur Erwerbsbevölkerung



Ein hybrides Arbeitsmodell hätte – dank des zusätzlichen Sicherheitsnetzes einer angestellten Tätigkeit – das Potenzial, diese Unsicherheiten abzufedern. Trotz des zunehmenden Interesses an dieser Arbeitsform zeigt sich das heutige Vorsorgesystem noch wenig angepasst an dieses Erwerbsmodell. So ist es Personen, die einer hybriden Erwerbstätigkeit nachgehen, beispielsweise in der Regel nicht möglich, das Einkommen aus der selbstständigen Tätigkeit bei derselben Pensionskasse aus der angestellten Tätigkeit zu versichern.

72 Prozent befürworten das Zusammenlegen der Pensionskasse bei hybridem Arbeiten.

Eine mögliche Reformidee setzt hier an und schlägt vor, hybrid Erwerbstätigen zu ermöglichen, Einkommen aus selbstständiger Arbeit in die bestehende Pensionskasse der angestellten Tätigkeit einzuzahlen. Ziel dieses Ansatzes ist es, administrative Hürden abzubauen und hybride Erwerbsverläufe besser im Hinblick auf die Altersvorsorge abzusichern.

Bewertung Pensionskassengestaltung bei hybridem Arbeiten (Abb. 28)

«Wie beurteilen Sie den Vorschlag, in einer solchen Situation (Kombination aus angestellter und selbstständiger Tätigkeit) die Versicherung des gesamten Einkommens in derselben Pensionskasse zu ermöglichen?»

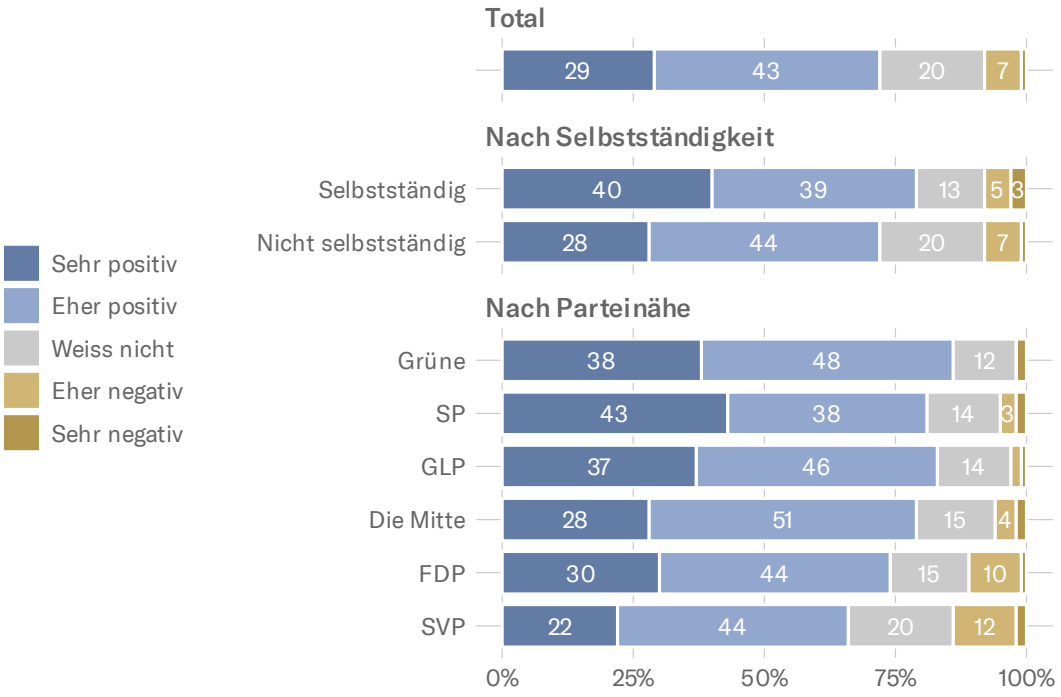


Abbildung 28 zeigt, dass die Idee auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stösst: 72 Prozent der Befragten befürworten diesen Vorschlag – unter den Selbstständigen sind es sogar 79 Prozent. Darüber hinaus trifft die Reformidee bei politisch Mitte-links Orientierten auf eine höhere Zustimmung.

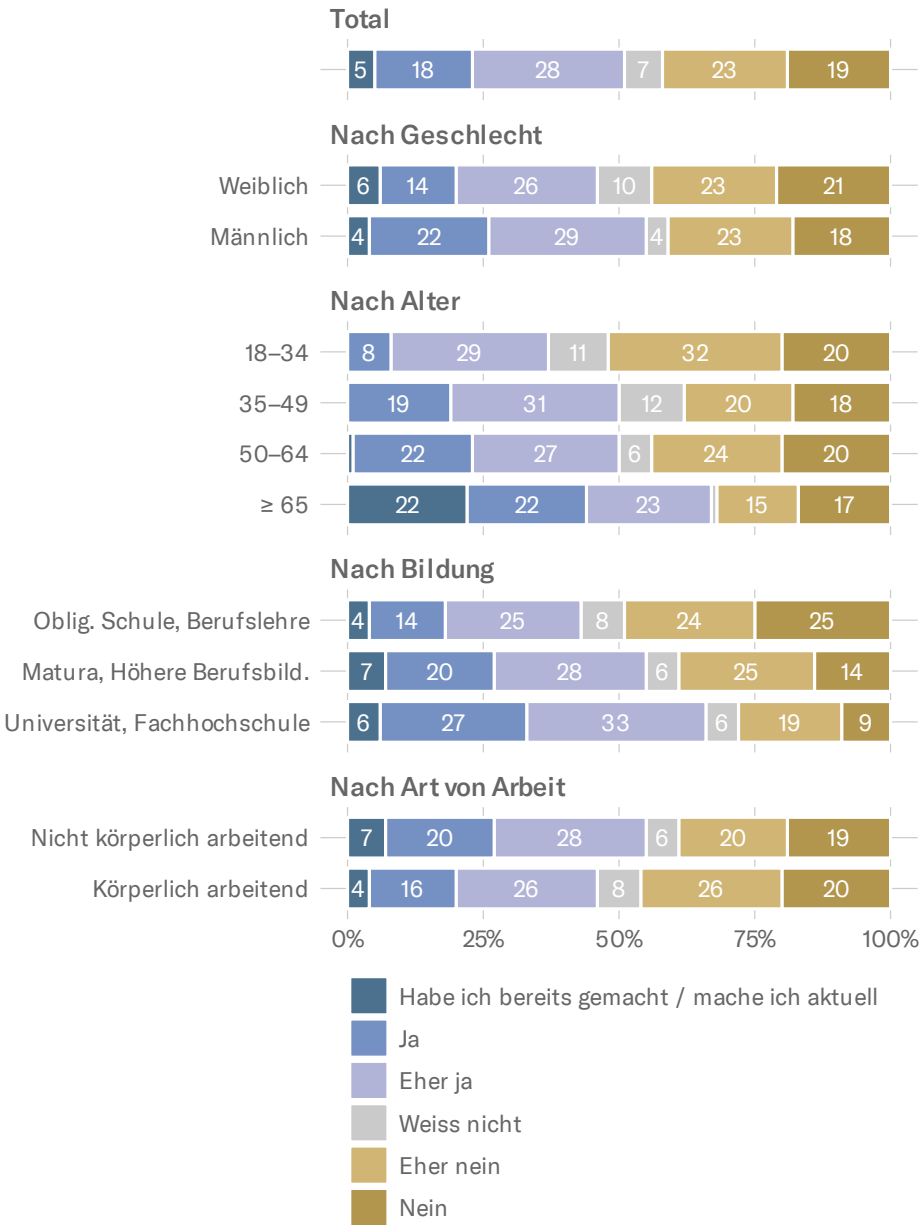
3.3 ARBEITEN UND VORSORGEN IM ALTER

Pensionsalter erreicht – und auf einen Schlag den Arbeitsalltag ganz hinter sich lassen? Diese Vorstellung entspricht längst nicht mehr dem Wunsch vieler Menschen. Rund die Hälfte der Bevölkerung kann sich vorstellen, auch nach dem Erreichen des AHV-Rentenalters weiterhin beruflich tätig zu bleiben. Besonders ausgeprägt ist diese Bereitschaft bei Personen mit höherem Bildungsabschluss – hier sind es sogar zwei Drittel (Abb. 29). Männer (55 %) können sich eine Weiterarbeit häufiger vorstellen als Frauen (46 %). Ein entscheidender Faktor scheint ausserdem die Art der Tätigkeit zu sein: Während 55 Prozent der derzeit nicht körperlich Arbeitenden sich eine Weiterbeschäftigung vorstellen können, sind es unter den körperlich Arbeitenden 46 Prozent. Dass diese Vorstellung für viele nicht nur Theorie bleibt, sondern bereits gelebte Realität ist, zeigt ein Blick auf Personen ab 65: Mehr als jede Fünfte hat bereits über das ordentliche Pensionseintrittsalter hinaus gearbeitet oder tut dies aktuell – weitere 45 Prozent sind dieser Vorstellung zugeneigt.

Die Hälfte kann sich vorstellen, im AHV-Rentenalter weiterzuarbeiten.

Weiterarbeit im Rentenalter (Abb. 29)

«Könnten Sie sich vorstellen, nach dem Erreichen des AHV-Rentenalters weiterzuarbeiten?»

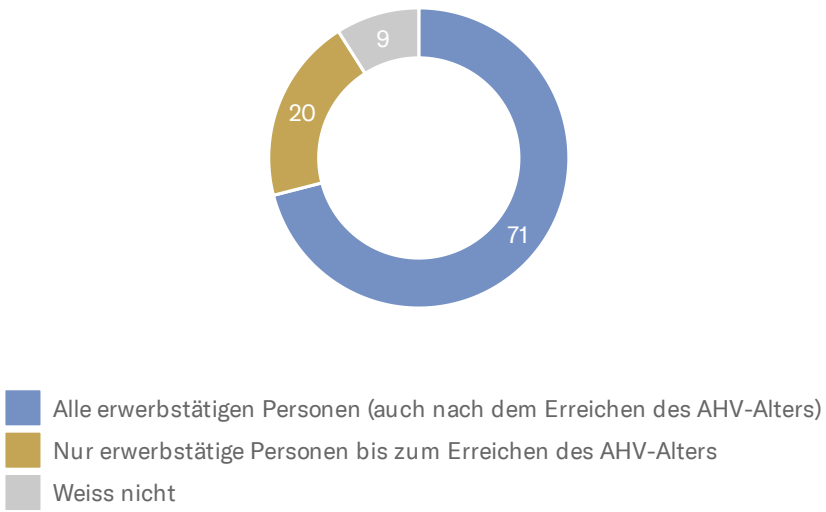


Derzeit haben Erwerbstätige im AHV-Alter, die nach einer Pause – etwa mit 66 Jahren – wieder ins Erwerbsleben einsteigen, keine Möglichkeit, sich einer Pensionskasse anzuschliessen, um ihre Altersvorsorge weiter zu verbessern. Ein Reformansatz möchte dies in Zukunft ermöglichen. Angesichts der grundsätzlich hohen Bereitschaft, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten, überrascht es wenig, dass dieser Vorschlag auf breite

Zustimmung stösst: 71 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass alle Erwerbstätigen – auch nach dem Erreichen des AHV-Alters – in die Pensionskasse einzahlen können sollten (Abb. 30). Während dieser Reformvorschlag älteren Erwerbstätigen erlaubt, ihre Altersvorsorge gezielt zu stärken, kann er zugleich einen zusätzlichen Anreiz schaffen, länger im Erwerbsleben zu bleiben – und so zur Entlastung des Fachkräftemangels und der AHV beitragen.

Meinung zur Versicherungsberechtigung in der Pensionskasse (Abb. 30)

«Wer sollte Ihrer Meinung nach die Möglichkeit haben, sich bei einer Pensionskasse zu versichern?»

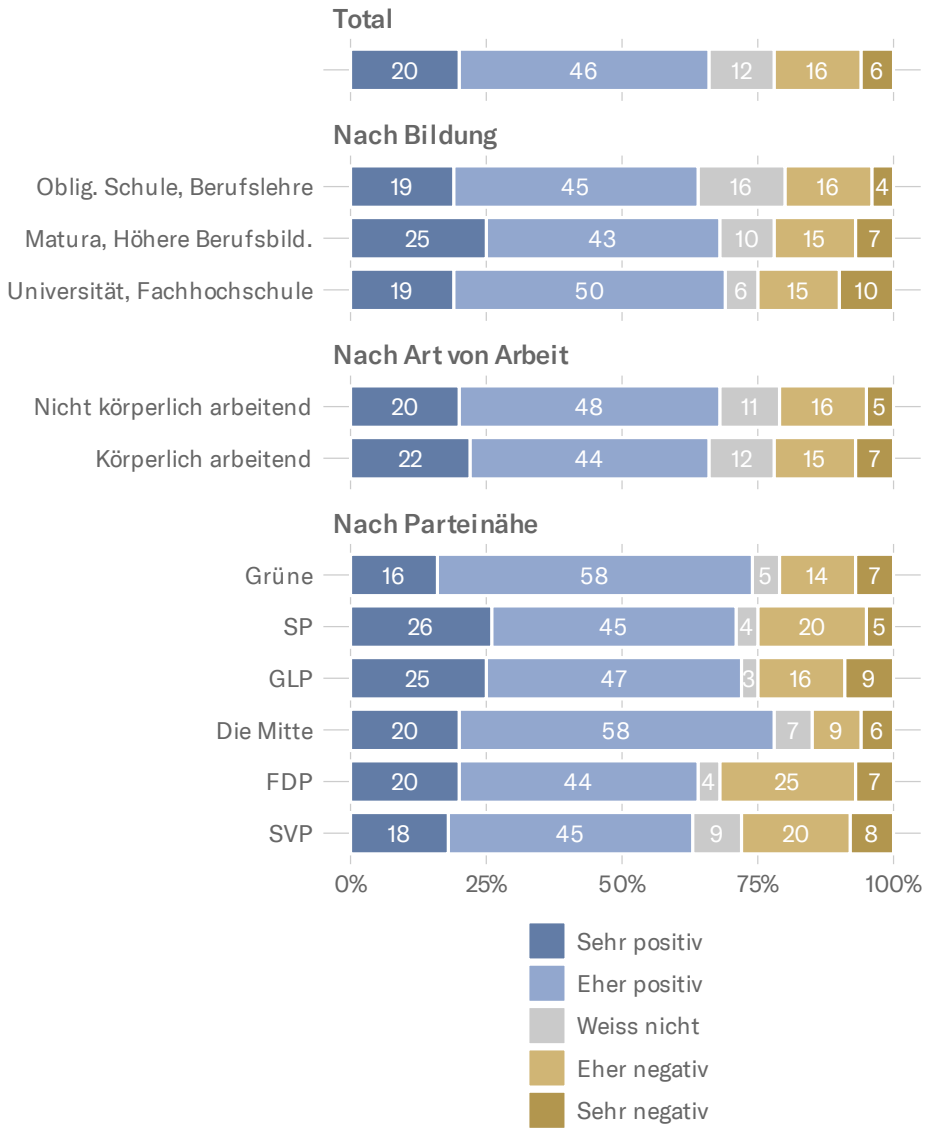


Eine andere Reformidee sieht vor, das heutige, einheitliche Rentenalter durch ein «abgestuftes Referenzalter» zu ersetzen. Dabei würde das Rentenalter stärker an die individuelle Erwerbsbiografie angepasst: Personen mit körperlich belastenden Berufen könnten früher in Pension gehen, während akademisch Ausgebildete etwas später als bisher mit voller Rentenleistung in den Ruhestand treten würden. Ziel ist es, der Vielfalt beruf-

licher Belastungen gerechter zu werden und mehr Fairness im Vorsorgesystem zu schaffen.

Bewertung abgestuftes Referenzalter (Abb. 31)

«Wie beurteilen Sie grundsätzlich die Stossrichtung eines Wechsels zum abgestuften Referenzalter?»

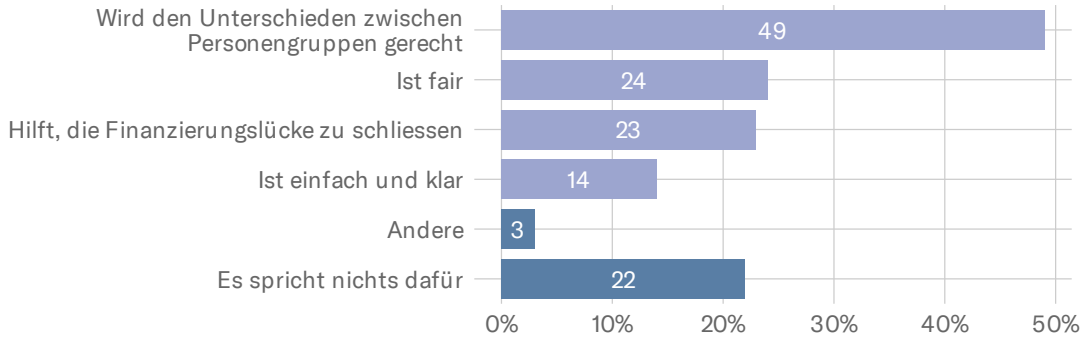


In der Bevölkerung kommt dieser Vorschlag mehrheitlich gut an: Zwei Drittel der Befragten bewerten die Idee (eher) positiv (Abb. 31). Interessant ist, dass diese Zustimmung unabhängig vom Bildungsgrad oder der Art der beruflichen Tätigkeit relativ konstant bleibt – was sich teilweise dadurch erklären lässt, dass Personen mit höherem Bildungsniveau und keiner körperlich schweren Arbeit ohnehin häufiger eine Bereitschaft zeigen, über

das Rentenalter hinaus zu arbeiten (Abb. 29). Besonders hoch ist die Zustimmung im politisch Mitte-links orientierten Lager – ein Hinweis darauf, dass das Modell als sozial ausgewogen wahrgenommen wird.

Gründe für abgestuftes Referenzalter (Abb. 32)

«Welche Faktoren sprechen aus Ihrer Sicht für die Einführung des abgestuften Referenzalters?»



Fragt man die Bevölkerung nach den Argumenten für ein abgestuftes Referenzalter, bestätigt sich diese Hypothese (Abb. 32): 49 Prozent sehen den Hauptvorteil darin, dass es den Unterschieden verschiedener Berufsgruppen gerecht wird. Für viele in der Schweizer Bevölkerung scheint also ein Rentensystem, das die verschiedenen Arbeitsrealitäten berücksichtigt, fair und überzeugend.

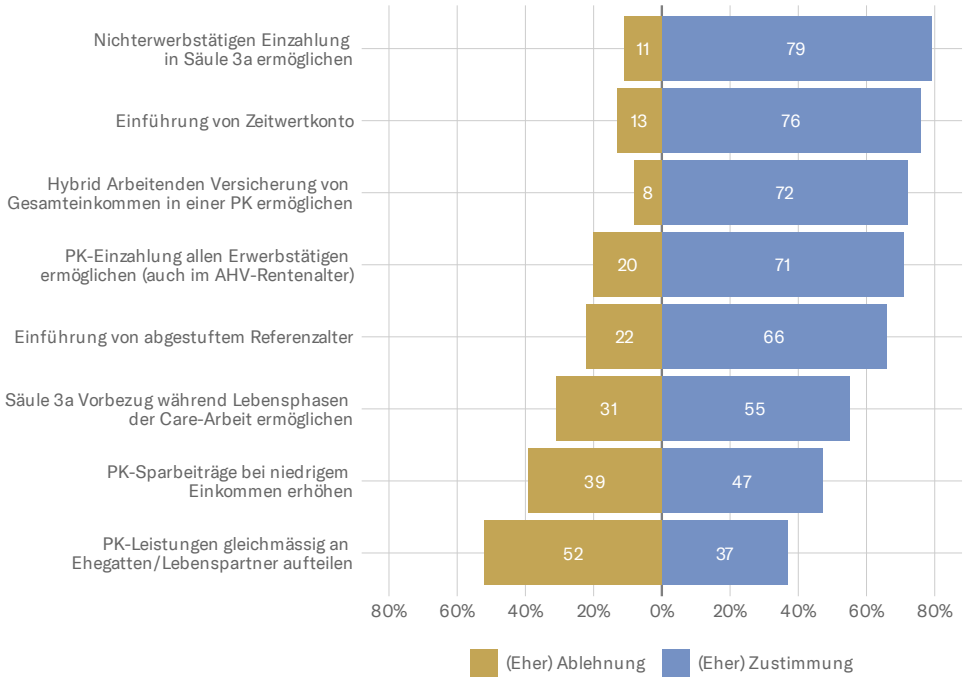
3.4 ZWISCHEN STATUS QUO UND WANDEL: WELCHE IDEEN ÜBERZEUGEN?

Die Ergebnisse dieser Umfragestudie zeigen eine grundsätzliche Offenheit der Bevölkerung gegenüber vielen Reformideen, die darauf abzielen, das Vorsorgesystem stärker an die Realität heutiger Lebens- und Arbeitswelten anzupassen. Die Einstellung der Bevölkerung zu den in den vorherigen Kapiteln diskutierten Reformideen lässt sich wie folgt zusammenfassen: Besonders gross ist der Zuspruch für die Einführung eines Zeitwertkontos (76 %) – eine Reformidee, die unter dem Leitgedanken einer «Vorsorge fürs Leben» nicht nur klassische Erwerbsbiografien

mit abgeschlossenen Phasen bestehend aus Ausbildung, Berufstätigkeit und Ruhestand berücksichtigt, sondern auch Phasen der Weiterbildung, Care-Arbeit und Auszeit miteinbezieht. Auch Reformvorschläge, die darauf abzielen, das Ansparen von Vorsorgevermögen einer breiteren Bevölkerungsschicht zu ermöglichen – etwa durch eine bessere Abstimmung des Pensionskassensystems auf hybride Arbeitsmodelle (72 %) und Erwerbstätige im AHV-Alter (71 %) oder durch die Öffnung der Säule 3a für Nichterwerbstätige (79 %) – stossen in der Bevölkerung (eher) auf Zustimmung. Ein Wechsel von einem einheitlichen zu einem abgestuften Rentenalter, welches darauf abzielt, der Vielfalt beruflicher Belastungen gerechter zu werden, wird ebenfalls von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung positiv bewertet (66 %). Auffällig ist, dass andere Reformvorschläge, die auf eine Verringerung struktureller Ungleichgewichte im Vorsorgesystem abzielen, auf deutlich grössere Zurückhaltung stossen. Da Care-Arbeit in der heutigen Gesellschaft nach wie vor oft ungleich verteilt ist, sind insbesondere Frauen häufiger von finanzieller Unsicherheit, Erwerbsunterbrüchen, Teilzeitarbeit und damit verbundenen Vorsorgelücken betroffen. Reformvorschläge wie die gleichmässige Aufteilung von Pensionskassenleistungen zwischen Partnern (analog zur AHV, 37 %), höhere Pensionskassen-Sparbeiträge bei tiefen Einkommen (z.B. durch Teilzeitarbeit, 47 %) oder die Möglichkeit des Vorbezugs der Säule 3a während Phasen der Care-Arbeit oder Elternzeit (55 %) stossen in der Bevölkerung auf Skepsis oder verhaltene Zustimmung.

Zustimmung und Ablehnung der Reformideen im Vergleich (Abb. 33)

«Weiss nicht / keine Angabe» Antwortoptionen werden in der Abbildung nicht dargestellt.



Die Schweizer Bevölkerung zeigt sich offen gegenüber vielen Reformideen.

Die Übersicht aller im Rahmen der Umfrage betrachteten Reformideen in Abbildung 33 zeigt jedoch: Die Bevölkerung steht Anpassungen des Vorsorgesystems grundsätzlich offen gegenüber. Ein Blick in die Vergangenheit verdeutlicht jedoch, dass konkrete Reformvorlagen an der Urne häufig auf Widerstand stossen – insbesondere dann, wenn sie tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen oder individuelle Nachteile befürchtet werden.

Volksabstimmungen zum Thema Vorsorge

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, wie schwer es in der Schweiz in den letzten 25 Jahren war, Reformprojekte der Altersvorsorge durchzubringen. Zudem werden drei Faktoren beleuchtet, die zu diesem Umstand beigetragen haben: die hohe persönliche Relevanz des Themas, die Komplexität der Reformvorlagen sowie die spezielle Rolle von älteren Stimmberechtigten.

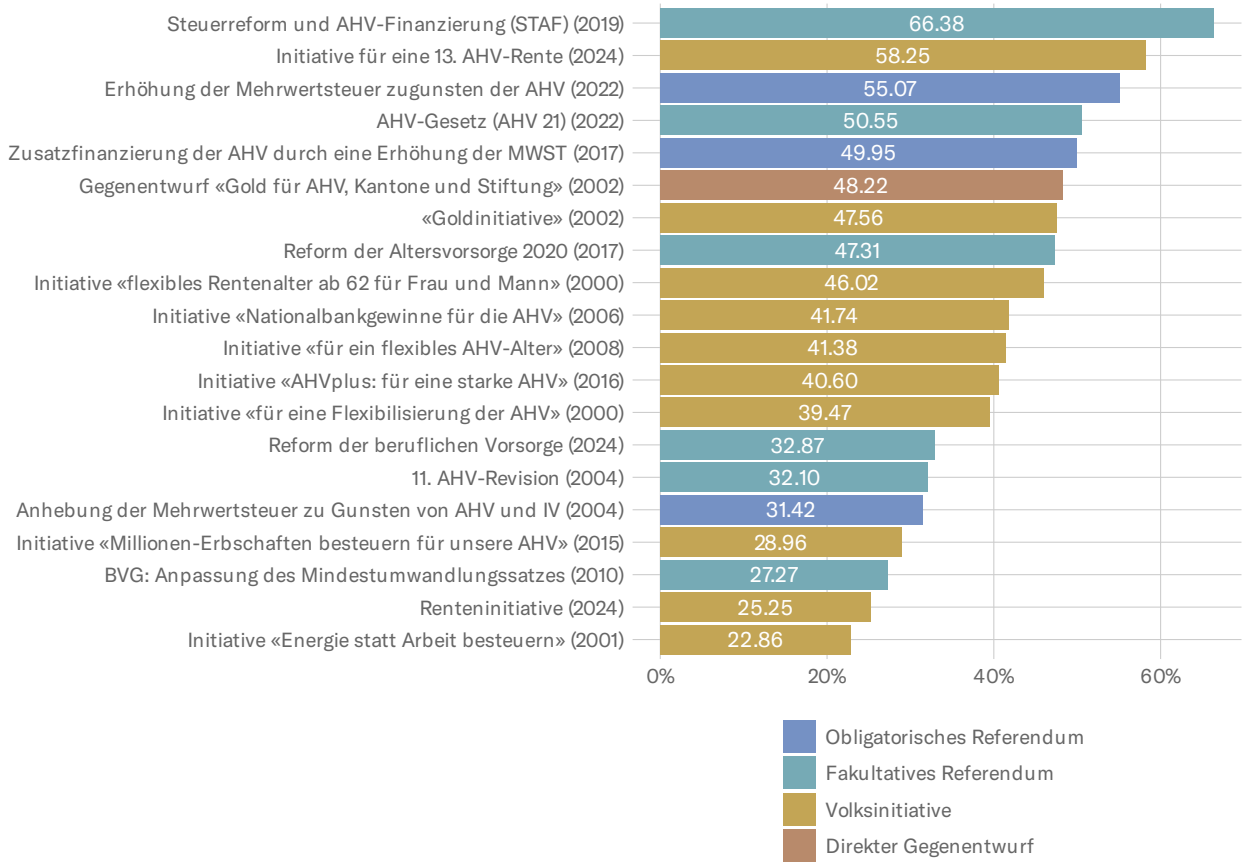
4.1 REFORMEN SIND SCHWIERIG

Reformen der Altersvorsorge haben es notorisch schwer. In den letzten 25 Jahren konnte sich die Schweizer Stimmbevölkerung 20-mal zu Vorlagen mit einem Vorsorge-Bezug äussern – nur vier davon fanden eine Mehrheit (Abb. 34). Am meisten Zustimmung bei der Bevölkerung bekamen zwei Vorlagen, die einen Ausbau der AHV vorsahen, ohne jedoch strukturelle Änderungen vorzunehmen: erstens die sogenannte STAF-Vorlage aus dem Jahr 2019 (66.4%), die eine Unternehmenssteuerreform mit zusätzlichem Geld für die AHV verträglicher machte. Und zweitens die Initiative für eine 13. AHV-Rente des Schweizeri-

schen Gewerkschaftsbunds, über die 2024 abgestimmt wurde (58.3%).

Ja-Anteil bei Vorsorge-Abstimmungen (Abb. 34)

Ja-Stimmenanteil bei den 20 Abstimmungen mit einem Vorsorge-Bezug seit 2000.



Die einzige strukturelle Reform der Altersvorsorge, die in diesem Jahrtausend vor der Stimmbevölkerung bestehen konnte, war das AHV-Gesetz (AHV 21) und die mit der Vorlage verknüpfte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Reform brachte die schrittweise Erhöhung des Referenzrentenalters von Frauen von 64 auf 65 Jahre sowie eine Flexibilisierung des Rentenbeginns. Die Vorlage wurde nur hauchdünn angenommen, mit einem Ja-Stimmenanteil von 50.6 Prozent. Zum Zeitpunkt der Annahme der Revision AHV 21 lag die letzte AHV-Reform bereits rund 27 Jahre zurück. Seit 1995 die 10. AHV-Revision angenommen wurde, scheiterten alle Reformprojekte – entweder an der Urne (11. AHV-Revision, Altersvorsorge 2020) oder

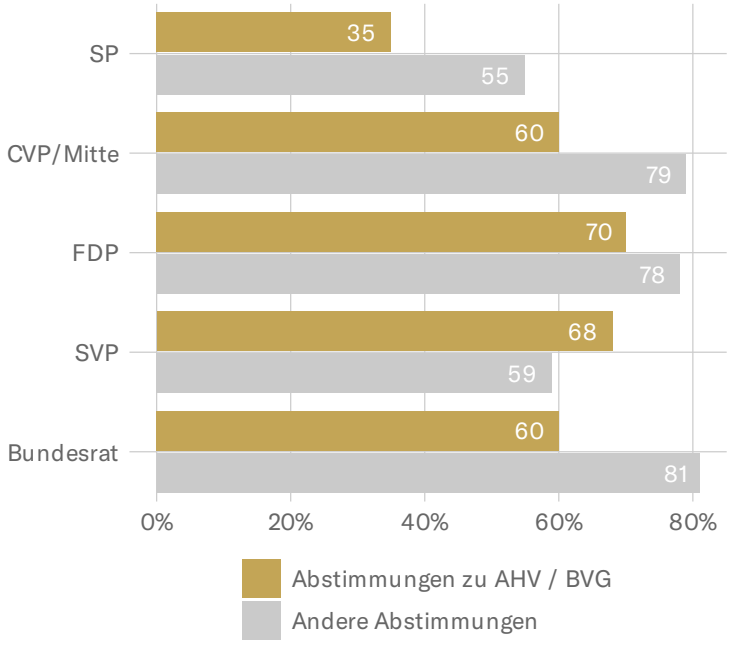
bereits im Parlament (Versuch einer 11. AHV-Revision im Jahr 2010).

Auch Reformen der beruflichen Vorsorge haben es schwer. Zwar schafften es zwei Reformprojekte – die 1. BVG-Revision (2003) und die Strukturreform (2010) – durch das Parlament, ohne dass gegen sie ein Referendum ergriffen wurde. Doch alle Vorlagen, gegen die das Referendum ergriffen wurde, hat die Stimmbevölkerung an der Urne versenkt. Das waren namentlich die regelrecht abgeschmetterte Anpassung des Mindestumwandlungssatzes (2010, 27.3% Ja-Stimmenanteil), die etwas knapper ausgefallene Abstimmung zur Reform der Altersvorsorge 2020, die sowohl die AHV als auch die berufliche Vorsorge zu reformieren gedachte (2017, 47.3%) sowie jüngst das krachende Nein zur BVG-Reform, die bei der Abstimmung von 2024 nur 32.9 Prozent Ja-Stimmen erhielt.

Abbildung 35 zeigt, dass es nicht nur dem Bundesrat und der Parlamentsmehrheit, sondern auch den einzelnen Bundesrats-Parteien vergleichsweise schwerfällt, bei Vorlagen mit Vorsorgebezug Erfolge zu erzielen. Gemeint sind mit Erfolgen in diesem Zusammenhang Abstimmungen, bei denen das Resultat der Abstimmung das gleiche ist wie die Parole, die die jeweilige Partei vor der Abstimmung gefasst hatte.

Erfolgsquote von Bundesrat und Parteien bei Vorsorge-Abstimmungen (Abb. 35)

Anteil der Abstimmungen seit 2000, bei denen das Abstimmungsergebnis mit der Parole der jeweiligen Partei bzw. des Bundesrates übereinstimmte.
Anzahl Abstimmungen zu AHV / BVG: 20; Anzahl sonstige Abstimmungen: 201



Der Bundesrat, der üblicherweise rund vier von fünf Abstimmungen gewinnt, hat bei Abstimmungen mit Vorsorge-Bezug nur eine 60-prozentige Erfolgsquote. Drei der vier Bundesratsparteien haben bei Vorsorgeabstimmungen eine tiefere Erfolgsquote als bei sonstigen Abstimmungen.

Die SP hat mit 35 Prozent die mit Abstand niedrigste Erfolgsquote der vier Bundesratsparteien – 20 Prozentpunkte tiefer als ihre Quote bei allen übrigen Abstimmungen. Das lässt sich unter anderem damit erklären, dass linke Anliegen bei diesem Thema im Parlament in der Regel unterliegen. Deshalb weichen linke Kreise bei der Altersvorsorge oft auf das Instrument der Volksinitiative aus, aus dem jedoch selten ein Abstimmungserfolg resultiert. Von den zehn Volksinitiativen zu Vorsorgethemen, über die seit 2000 abgestimmt wurden, waren acht linke Initiativen (unterstützt von den Grünen und der SP). Nur eine der zehn Initiativen wurde von der Stimmbevölkerung angenommen, was wesentlich zur tiefen Erfolgsquote der SP beiträgt.

Auch die Mitte hat eine um rund 20 Prozentpunkte tiefere Quote (60% bei Vorsorgeabstimmungen verglichen mit 79% bei übrigen Abstimmungen). Im Vergleich mit der FDP (70%) hat die Mitte, bzw. ihre Vorgängerin CVP bei drei schlussendlich gescheiterten Reformvorlagen eine Ja-Parole herausgegeben, die die FDP zur Ablehnung empfahl: die Anhebung der Mehrwertsteuer zu Gunsten von AHV und IV (2004) sowie die Reform der Altersvorsorge 2020 mit der zugehörigen MWST-Erhöhung (2017). Dafür lehnte sie – anders als die FDP – die Renteninitiative der Jungfreisinnigen ab, die bei der Stimmbevölkerung chancenlos blieb (2024).

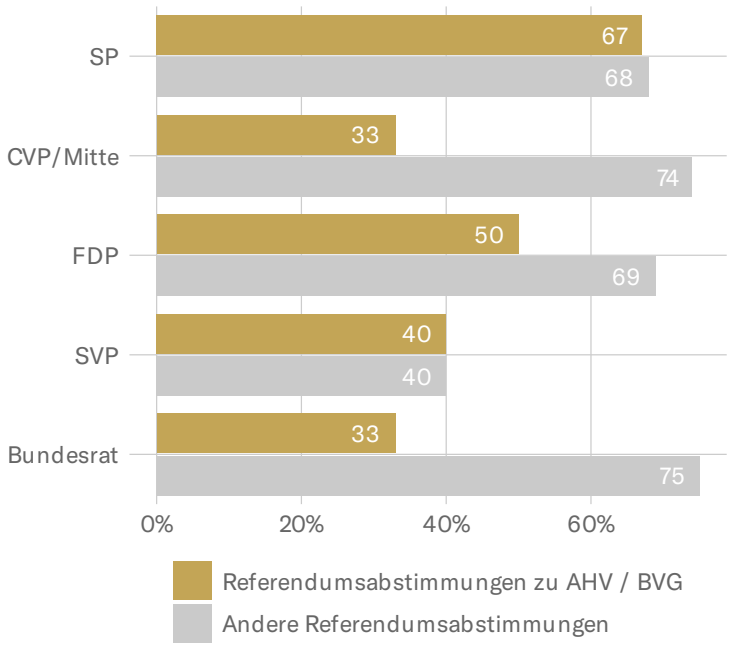
Mit ihrer Erfolgsquote von 70 Prozent waren die Freisinnigen bei Vorsorgeabstimmungen seit 2000 von allen Parteien am häufigsten erfolgreich. Beinahe ebenso häufig erfolgreich war die SVP (68%), die zudem die einzige Partei ist, die eine höhere Erfolgsquote bei Vorsorgeabstimmungen aufweist als bei sonstigen Abstimmungen (68%). Dies, weil sie bei Vorsorgethemen häufig in einer Allianz mit der Mitte und der FDP gegen Links auftritt, während sie bei anderen Themen nicht selten eine breitere Allianz gegen sich sieht.

Noch schlechter sehen die Quoten von Bundesrat und Bundesratsparteien aus, wenn nur die sechs Abstimmungen über Vorlagen angeschaut werden, die das Parlament beschlossen hat und gegen die daraufhin das fakultative Referendum ergriffen wurde (Abb. 36). Die SP hat bei diesen Abstimmungen die mit Abstand beste Quote, weil sie im Parlament oft in der Minderheit war und deshalb bei Referendumsabstimmungen häufiger an der Seite der Gegnerinnen und Gegner stand – und diese Vorlagen dann bei der Stimmbevölkerung durchgefallen sind. Von den sechs Abstimmungen zu Vorsorgethemen aufgrund eines fakultativen Referendums seit 2000 hat sie vier gewonnen (67%), davon dreimal mit einer Nein-Parole. Nur zweimal ist die Stimmbevölkerung den Parolen von Bundesrat sowie der Mitte-Partei gefolgt (33%) und dreimal der FDP (50%). Die SVP hat bei der STAF-Vorlage Stimmfreigabe beschlossen und von den restlichen fünf Referendumsabstimmungen zwei gewonnen (40%).

Erfolgsquote von Bundesrat und Parteien (nur Referendumsabstimmungen) (Abb. 36)

Anteil der Abstimmungen über fakultative Referenden seit 2000, bei denen das Abstimmungsergebnis mit der Parole der jeweiligen Partei bzw. des Bundesrates übereinstimmte.

Anzahl Abstimmungen zu AHV / BVG: 6; Anzahl sonstige Abstimmungen: 72

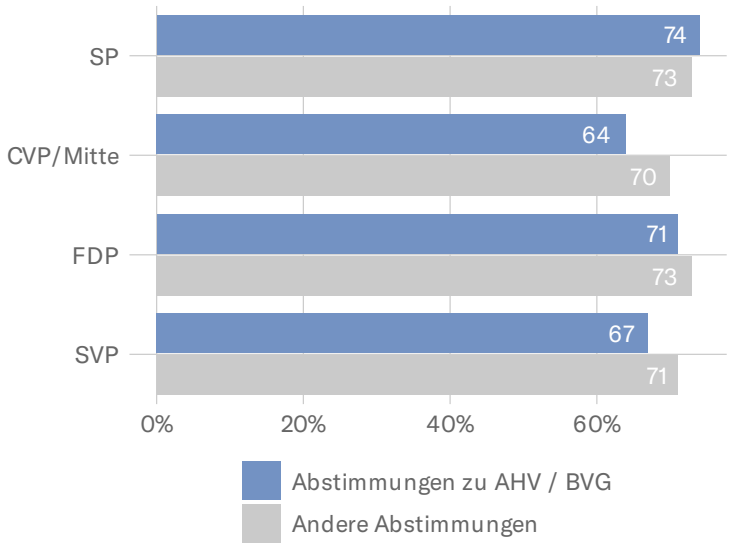


Nicht nur die Gesamtbevölkerung, sondern auch die eigene Basis folgt den Bundesratsparteien im Schnitt weniger häufig, wenn sich die Abstimmung um die Altersvorsorge dreht als bei anderen Themen (Abb. 37). Drei der vier Bundesratsparteien vermochten seit 2000 bei Vorsorge-Abstimmungen im Durchschnitt einen geringeren Anteil ihrer Wählerschaft von ihrer Parteiparole zu überzeugen als bei anderen Abstimmungen. Einzig bei der SP folgt die Wählerschaft minimal häufiger der Parteiparole, wenn auf dem Abstimmungszettel ein Vorsorgethema steht (74% zu 73%). Die Altersvorsorge ist ein Kernthema der SP und die SP-Basis ist bei diesem Thema grossmehrheitlich in Übereinstimmung mit der Partei.

Überzeugungskraft bei der eigenen Basis (Abb. 37)

Durchschnittlicher Anteil der eigenen Wählerschaft, die die Bundesratsparteien bei Vorsorge-Abstimmungen seit 2000 überzeugen konnte, der Parteiparole zu folgen, im Vergleich zu anderen Abstimmungen.

Basierend auf Daten der Vox/Voto-Nachabstimmungsbefragungen (siehe Kap. 5).

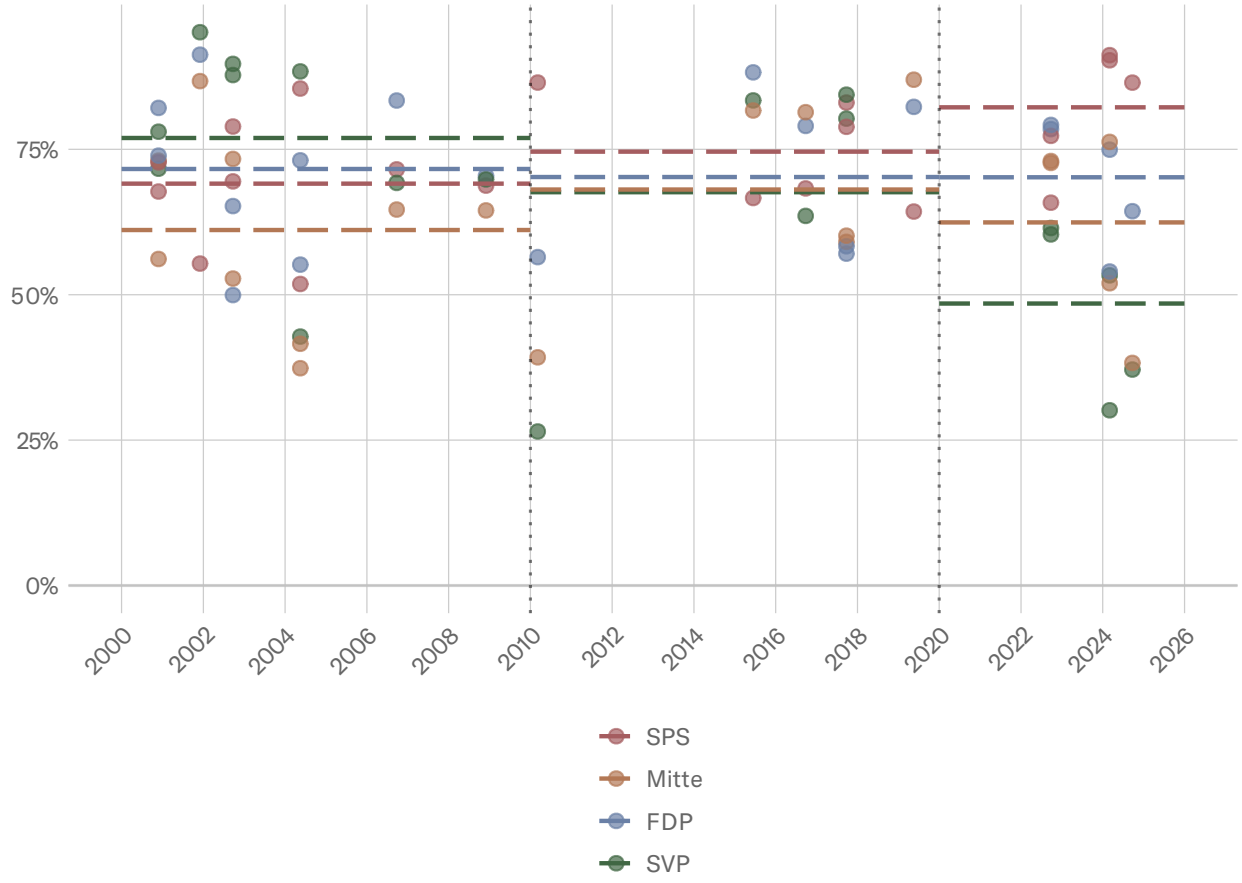


Bei der SP-Wählerschaft ist ein positiver Trend zu erkennen. Während bei den Vorsorgeabstimmungen in den Nullerjahren im Schnitt noch 69 Prozent der SP-Wählerschaft der Parole folgten, waren es bei den Abstimmungen seit 2020 82 Prozent (Abb. 38).

Überzeugungskraft bei der eigenen Basis (Abb. 38)

Durchschnittlicher Anteil der eigenen Basis, die die Bundesratsparteien bei Vorsorge-Abstimmungen überzeugen konnte, der Parteiparole zu folgen – mit Durchschnittswerten pro Partei und Jahrzehnt.

Basierend auf Daten der Vox/Voto-Nachabstimmungsbefragungen (siehe Kap. 5).



Ein gegenteiliger Trend ist bei der SVP-Anhängerschaft zu beobachten. In den Nullerjahren folgten im Schnitt 77 Prozent der SVP-Wählerschaft der Parole der Volkspartei. Seit 2020 ist dieser Anteil regelrecht eingebrochen. In den fünf Vorsorge-Abstimmungen in diesem Jahrzehnt folgten nicht einmal mehr die Hälfte der SVP-Basis der nationalen Parole der Parteileitung (48%). Besonders bei der Renteninitiative (30%) und der BVG-Reform (37%) verfehlte die Parteiparole ihre Wirkung. Die Resultate könnten einen Hinweis darauf sein, dass ein wachsender Teil der SVP-Basis dem traditionell eher wirtschaftsliberalen und sozial restriktiven Kurs der Parteileitung bei sozialen Themen – insbesondere bei der Altersvorsorge – nicht mehr folgen will.

Zusammengefasst zeigen die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit also, dass Vorsorge-Abstimmungen nur sehr schwer bei der Stimmbevölkerung durchzubringen sind. Viele langjährige Reformprojekte sind an der Urne gescheitert. Bundesrat und Parlamentsmehrheit haben Mühe ihre Politik überzeugend zu erklären. Selbst beim Überzeugen der eigenen Basis bekunden die Parteien zuweilen Mühe.

Die vielen negativen Beschlüsse der Stimmbevölkerung verhindern zum einen direkt Reformen der Altersvorsorge. Sie sorgen zudem indirekt dafür, dass künftige Reformen unwahrscheinlicher werden. Denn verlorene Volksabstimmungen führen dazu, dass politische Akteure vorsichtiger werden, weil sie kein weiteres Scheitern riskieren wollen. Das heisst, sie sind weniger offen für neue Reformideen. Und falls das Parlament doch mal ein Reformprojekt angeht, ist es wahrscheinlicher, dass dieses bereits in der parlamentarischen Phase blockiert wird. Denn aus den Erfahrungen der letzten Jahre wird klar, dass alle Referendumsdrohungen überaus ernst genommen werden müssen. Damit kein Referendum ergriffen wird, müssen deshalb im Parlament breite Kompromisse geschmiedet werden, was schwierig und zeitintensiv ist. Insgesamt werden es deshalb alle Reformprojekte der Altersvorsorge in naher Zukunft politisch überaus schwer haben.

4.2 HOHE RELEVANZ UND HOHE KOMPLEXITÄT

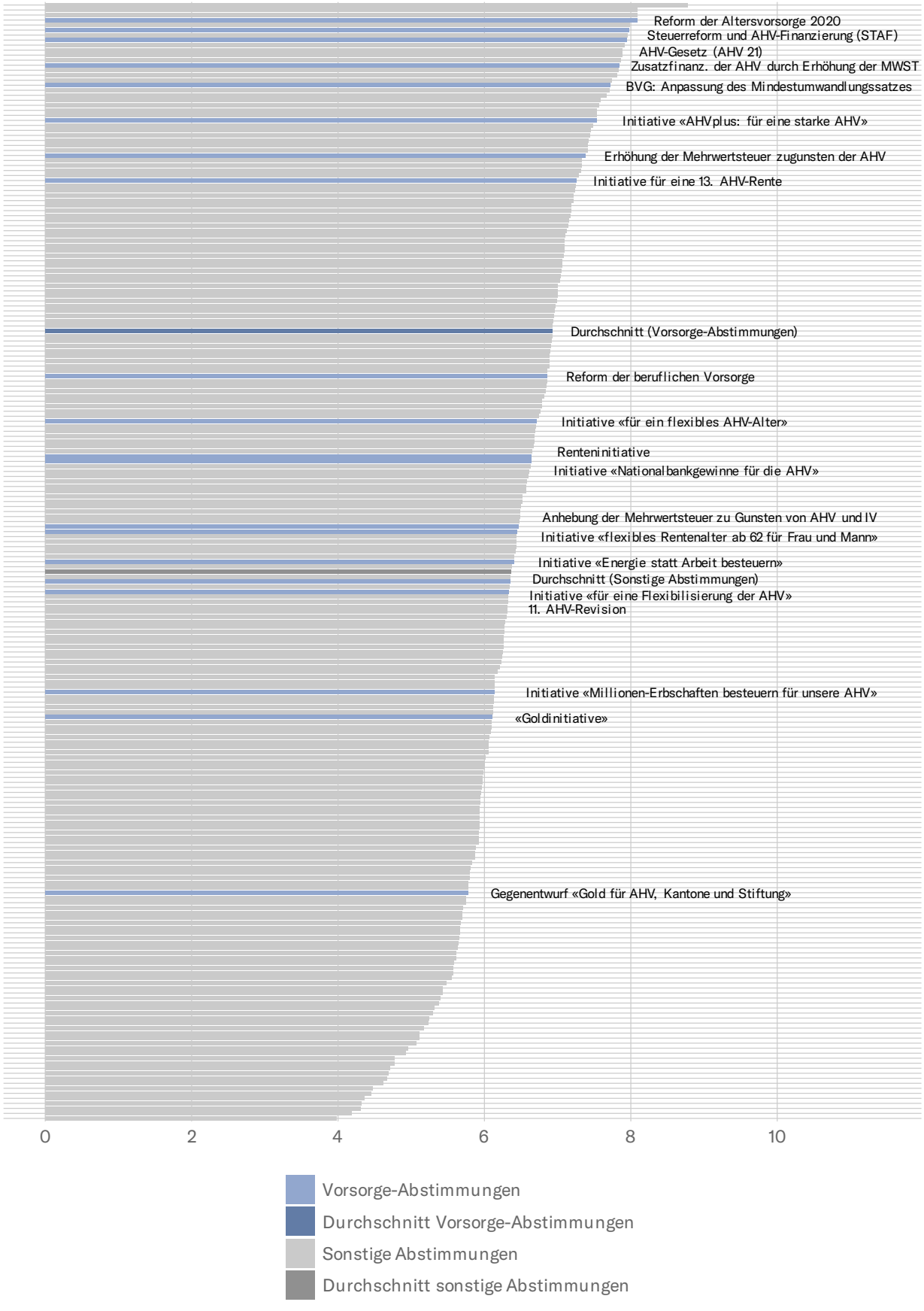
Doch weshalb haben Vorlagen mit einem Vorsorgebezug einen so schweren Stand bei der Stimmbevölkerung? Drei Faktoren, die dabei eine Rolle spielen dürften, sind die persönliche Relevanz von Vorsorgethemen für die Stimmenden, die Komplexität von Vorsorge-Vorlagen sowie die spezielle Rolle von älteren Stimmenden.

Abbildung 39 illustriert den ersten Faktor. Die Abbildung zeigt wie hoch Stimmende im Schnitt die persönliche Relevanz von Abstimmungsvorlagen einschätzen. Drei der acht Vorlagen mit der höchsten durchschnittlichen Relevanz sind Reformen der

Altersvorsorge. Acht der 36 wichtigsten Abstimmungen betreffen Vorsorgethemen. Von den Vorsorge-Abstimmungen im Schnitt für das eigene Leben am wichtigsten eingeschätzt (8.1 / 10) wurde die Reform der Altersvorsorge 2020, die sowohl Reformen der AHV als auch der beruflichen Vorsorge vorgesehen hätte.

Persönliche Relevanz von Abstimmungen aus Sicht der Stimmbevölkerung (Abb. 39)

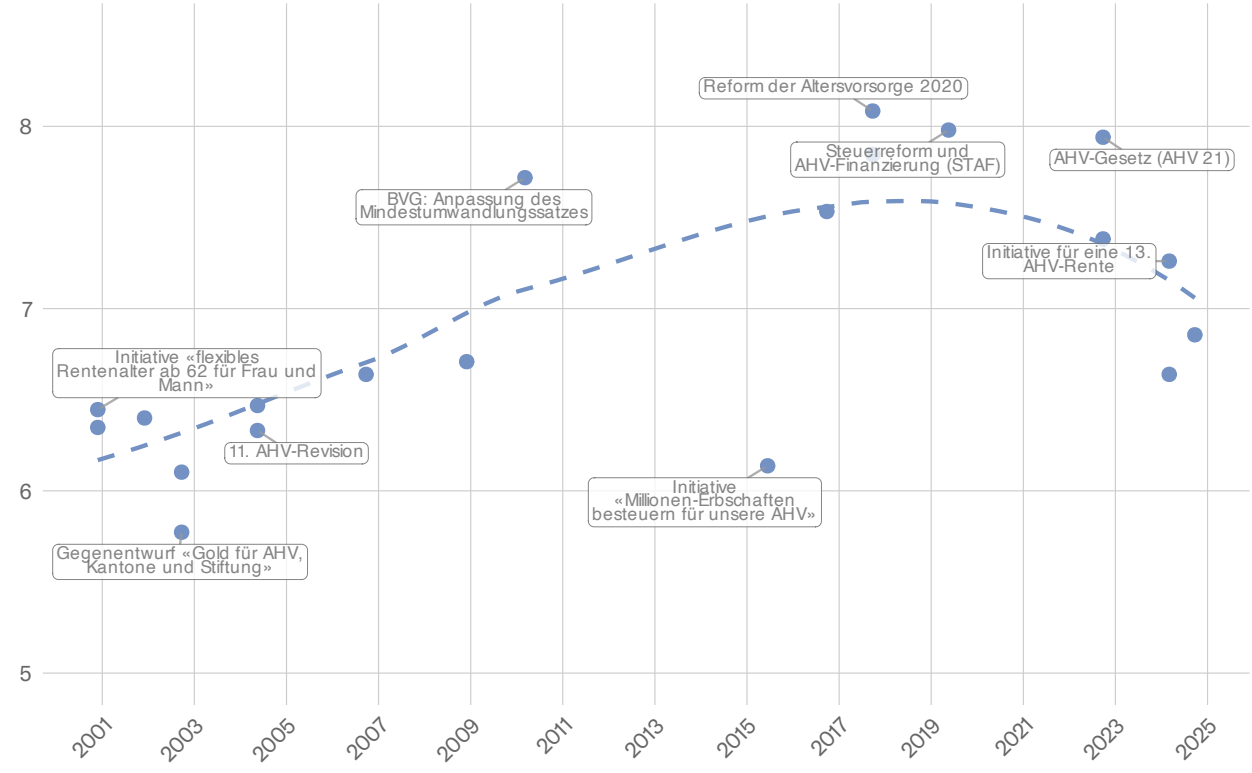
Basierend auf Daten der Vox/Voto-Nachabstimmungsbefragungen (siehe Kap. 5)
«Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht wichtig) bis 10 (sehr wichtig), wie wichtig war [die Vorlage] für Sie persönlich?»



Die durchschnittliche persönliche Relevanz ist im letzten Vierteljahrhundert tendenziell gestiegen, wie Abbildung 40 zeigt. Während die durchschnittliche eingeschätzte persönliche Relevanz bei Vorsorgeabstimmungen in den frühen Nullerjahren tendenziell zwischen sechs und sieben aus zehn lag, war sie bei vielen Abstimmungen gegen Ende der Zehnerjahre und zu Beginn der Zwanzigerjahre deutlich über sieben aus zehn.

Persönliche Relevanz von Vorsorge-Abstimmungen (Abb. 40)

Basierend auf Daten der Vox/Voto-Nachabstimmungsbefragungen (siehe Kap. 5)
«Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht wichtig) bis 10 (sehr wichtig), wie wichtig war [die Vorlage] für Sie persönlich?»
Trend-Linie mit LOESS-Methode erstellt.



Das verdeutlicht: die Altersvorsorge ist den Menschen in der Schweiz sehr wichtig. Altersvorsorge ist emotional und existenziell – es geht um die eigene finanzielle Sicherheit im Alter. Angesichts des direkten Einflusses auf das eigene Leben, erstaunt es nicht, dass die Stimmbevölkerung bei Vorsorge-Abstimmungen Reformen grundsätzlich skeptisch gegenübersteht und Neuerungen misstrauisch begegnet.

Besonders hoch ist die persönliche Relevanz bei den von Bundesrat und Parlament angestossenen Reformvorlagen. Diese Reformen zielen darauf ab, das langfristige finanzielle Gleichgewicht der Altersvorsorge zu sichern, das durch den demographischen Wandel zunehmend unter Druck geraten ist. Dabei steht für die Stimmberechtigten viel auf dem Spiel. Es geht einerseits um die längerfristige Sicherung der Altersvorsorge und auf der anderen Seite um mögliche Leistungseinschränkungen, höhere Preise (MWST) oder ein höheres Rentenalter.

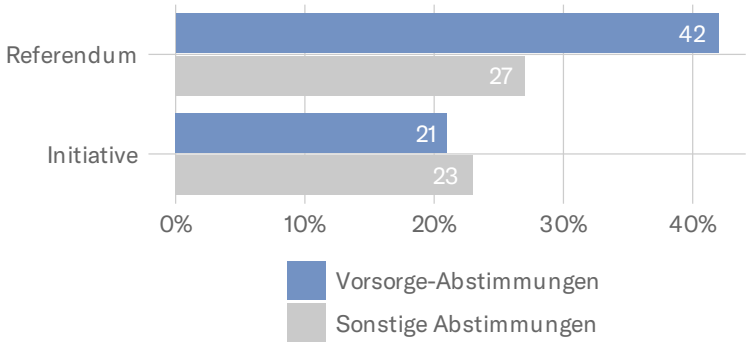
Ein weiterer Faktor, der Reformprojekte der Altersvorsorge erschwert, ist die Komplexität der Vorlagen. Die Organisation der Altersvorsorge ist eine technische Angelegenheit, die zahlreiche rechtliche, finanzielle und demografische Aspekte umfasst. Reformvorlagen sowie die Prognosen über deren Auswirkungen basieren oft auf Modellannahmen, die für die Stimmbevölkerung nur schwer nachvollziehbar sind. Nicht zuletzt erschwert die grosse Menge an Fachbegriffen die inhaltliche Auseinandersetzung der Stimmberechtigten mit Vorsorge-Reformvorlagen.

Abbildung 41 zeigt, dass vielen Stimmberechtigten die Meinungsbildung zu Vorsorgethemen schwerfällt – insbesondere bei fakultativen Referenden. 42 Prozent der Stimmenden geben im Nachgang zu Referendumsabstimmungen über Vorsorgethemen an, es sei für sie schwer gewesen, zu verstehen, um was es bei der Abstimmungsvorlage ging. Das ist ein deutlich höherer Anteil als bei sonstigen Referendumsabstimmungen (27%). Bei Initiativen ist hingegen kaum ein Unterschied zu erkennen. Während bei Referenden oft komplexe Gesetzesentwürfe zur Abstimmung kommen, handelt es sich bei Initiativen meist um kompakte, bewusst einfach formulierte Vorschläge, um die Erfolgschancen zu erhöhen.

Anteil Stimmende mit Mühe, die Vorlage zu verstehen – nach Rechtsform (Abb. 41)

Basierend auf Daten der Vox/Voto-Nachabstimmungsbefragungen (siehe Kap. 5)

«Ist es bei [der Vorlage] eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den persönlichen Auswirkungen zu machen?» (2000-2016); «Ist es Ihnen bei [der Vorlage] eher leicht oder eher schwer gefallen zu verstehen, um was es ging?» (2016-2025) – Anteil, der «eher schwer» geantwortet hat.

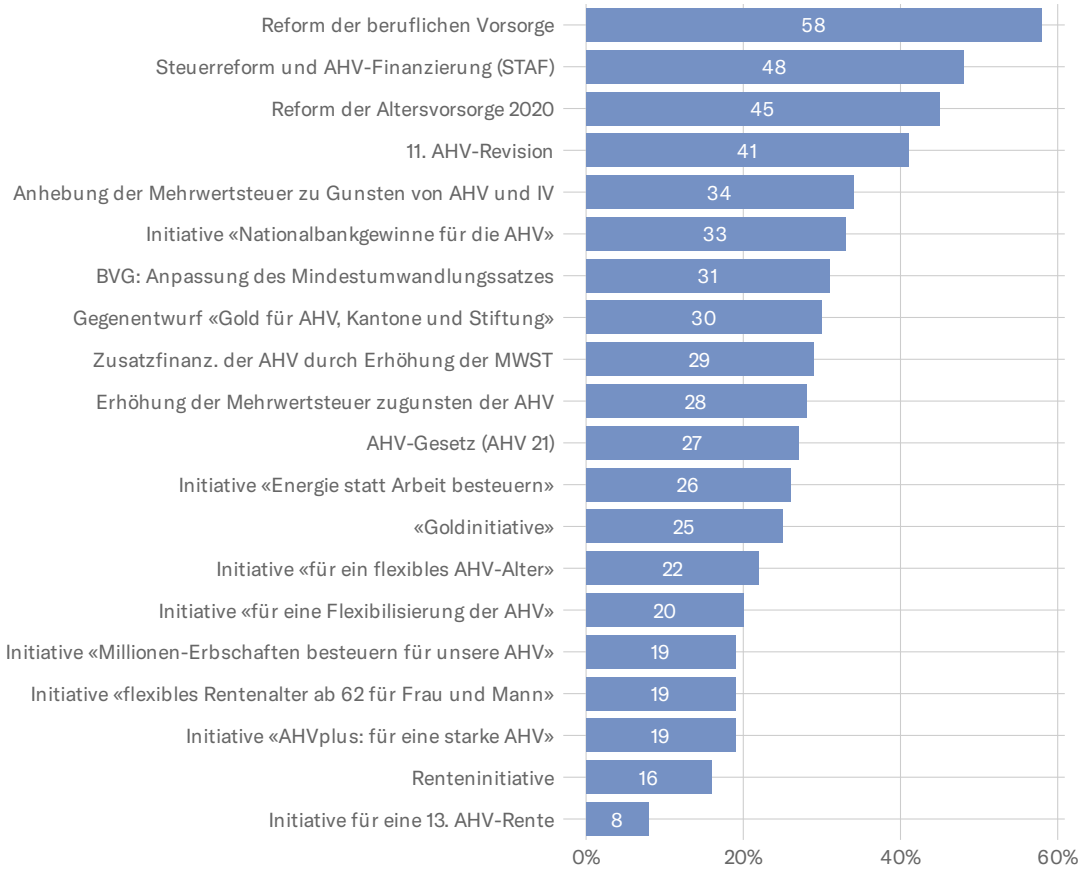


Die Vorlage, die am meisten Stimmberechtigten in den letzten 25 Jahre Mühe bereitete, war die Reform der beruflichen Vorsorge über die 2024 abgestimmt wurde (Abb. 42). 58 Prozent gaben an, es sei ihnen schwergefallen, zu verstehen, um was es bei der Vorlage ging. Auch bei der STAF-Vorlage (48%), der Reform der Altersvorsorge 2020 (45%) und der 11. AHV-Revision (41%) bekundeten viele Stimmende Mühe. Am anderen Ende des Spektrums steht hingegen die Initiative für eine 13. AHV-Rente. Nur gerade acht Prozent der Stimmenden gaben an, Mühe bekundet zu haben, zu verstehen, um was es bei der Vorlage ging.

Anteil Stimmende mit Mühe, die Vorlage zu verstehen (Abb. 42)

Basierend auf Daten der Vox/Voto-Nachabstimmungsbefragungen (siehe Kap. 5)

«Ist es bei [der Vorlage] eher leicht oder eher schwer gewesen, sich mit den erhaltenen Informationen ein Bild von den persönlichen Auswirkungen zu machen?» (2000-2016); «Ist es Ihnen bei [der Vorlage] eher leicht oder eher schwer gefallen zu verstehen, um was es ging?» (2016-2025) – Anteil, der «eher schwer» geantwortet hat.



Die hohe Komplexität der Reform-Vorlagen wird insbesondere im Zusammenspiel mit der ausgeprägten persönlichen Relevanz zu einer hohen Hürde für Befürworterinnen und Befürworter von Reformen. Wenn Stimmberechtigte mit widersprüchlichen Aussagen zu den Auswirkungen einer Vorlage konfrontiert werden, bei denen sie sich nicht qualifiziert fühlen, sie selbst zu evaluieren, greifen viele auf eine einfache Heuristik zurück: Sie folgen der Parole des Bundesrates oder der Partei, der sie politisch nahestehen. Das setzt jedoch voraus, dass sie der Regierung bzw. den Parteien vertrauen, in ihrem besten Interesse zu handeln und ihnen Lösungskompetenz attestieren. Fehlt dieses Vertrauen, neigen Stimmberechtigte bei komplexen Vorlagen wohl im Zweifel eher dazu Nein zu stimmen, weil sie den Status quo als

das kleinere Risiko wahrnehmen – insbesondere bei einem Thema, das sie als sehr wichtig für sich persönlich einschätzen.

Diese Schlussfolgerung wird dadurch gestützt, dass die einzige strukturelle Reform der Altersvorsorge, die in diesem Jahrtausend vor der Stimmbevölkerung bestehen konnte – AHV 21 – auch die am breitesten verständliche Reformvorlage war. Nur 27 Prozent der Stimmenden gaben an, dass sie Mühe hatten, die Vorlage zu verstehen.

Der letzte in diesem Kapitel beleuchtete Faktor ist die spezielle Rolle, die die verschiedenen Altersgruppen bei Abstimmungen zu Vorsorgethemen spielen. Abbildung 43 zeigt den Ja-Stimmenanteil nach Altersgruppe bei ausgewählten Vorsorge-Abstimmungen. Da insbesondere die Abstimmungen über die Reformen mehrere Elemente enthielten, sind Schlussfolgerungen darüber, welche Elemente welche Altersgruppen eher zur Zustimmung oder Ablehnung treiben, nicht einfach. Eines scheint jedoch klar zu sein: Personen, die bereits das Rentenalter erreicht haben, stimmen überdurchschnittlich häufig Ja bei Vorlagen, die ihnen eine direkte Rentenerhöhung bringen würden. Das ist insbesondere bei der Initiative AHVplus sowie der Initiative für eine 13. AHV-Rente zu erkennen. Bei diesen Vorlagen hatten Rentnerinnen und Rentner die Möglichkeit, für einen finanziellen Zuschuss für sich selbst zu stimmen – und viele von ihnen nutzten diese Möglichkeit auch. Eine ähnliche Schlussfolgerung liegt bei der STAF-Vorlage nahe, die jährlich rund 2.1 Mrd. Franken zusätzlich für die AHV vorsah und die bei den über 65-Jährigen die höchste Zustimmung erhielt.

Unterschiede Ja-Stimmenanteil nach Altersgruppe bei ausgewählten Vorsorge-Abstimmungen (Abb. 43)

Basierend auf Daten der Vox/Voto-Nachabstimmungsbefragungen (siehe Kap. 5)

Ältere Stimmberechtige haben also andere Interessen und Anreize bei Altersvorsorge-Abstimmungen als jüngere Generationen. Diese müssen ernst genommen werden – erstens, weil ein nicht unwesentlicher Teil von ihnen ihren Stimmentscheid von diesen Anreizen abhängig macht und zweitens, weil über 65-Jährige einen grossen Teil der Stimmberechtigten ausmachen und sie üblicherweise eine sehr hohe Stimmbeteiligung aufweisen. Bei Abstimmungen zu Vorsorge-Themen ist die Teilnahme von über 65-Jährigen regelmässig beinahe doppelt so hoch, wie bei den unter 40-Jährigen[2].

Die unterschiedlichen Anreize von aktuellen und bestehenden Rentnerinnen und Rentnern scheinen sich auch bei Diskussionen rund um das Rentenalter zu zeigen. Dort sind die Anreize so, dass bestehende Rentnerinnen und Rentner nicht von einer Änderung betroffen sind und deshalb weniger stark eine Senkung des Rentenalters befürworten als jüngere Stimmberechtigte und

[2] Siehe dazu beispielsweise die Analyseberichte der Vox-Nachabstimmungsbefragungen zu den Abstimmungen über die 13. AHV-Rente oder über die BVG-Reform.

mit einer Erhöhung besser leben können. Gut ersichtlich wird das bei der Abstimmung über die Initiative «flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann», die unter anderem einen ungekürzten Bezug einer Altersrente bei Erwerbsaufgabe ab dem 62. Altersjahr vorsah. Diese wurde nur wegen der tiefen Zustimmung bei bestehenden Rentnerinnen und Rentnern abgelehnt. Bei allen anderen Altersgruppen hatte die Vorlage eine Mehrheit gefunden.

Umgekehrtes Bild bei der Vorlage «AHV 21». Die Abbildung 43 zeigt, dass die Reform tatsächlich nur aufgrund der Zustimmung der Rentnerinnen und Rentnern angenommen wurde. Jüngere Jahrgänge hatten sie allesamt mehrheitlich abgelehnt. Das Hauptelement der Vorlage war die Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 64 auf 65 Jahre, wovon aktuelle Rentnerinnen und Rentner nicht betroffen waren. Im Gegenzug wurde dafür durch die Rentenaltererhöhung sowie durch eine Mehrwertsteuererhöhung die finanzielle Situation der AHV stabilisiert, was bei Rentnerinnen und Rentnern tendenziell beliebt ist.

Ältere Stimmende sind damit diejenige Gruppe, die sowohl am ehesten um einen finanziellen Ausbau der Altersvorsorge besorgt ist, aber auch die Gruppe, die am ehesten Reformen ermöglichen kann, weil sie von strukturellen Reformen üblicherweise nicht mehr betroffen ist und deshalb Reformen eher zustimmt.

Datenerhebung und Methode

5.1 UMFRAGESTUDIE

Die Daten wurden zwischen dem 5. und 25. Februar 2025 erhoben. Die Grundgesamtheit der Befragung bildet die sprachlich integrierte Wohnbevölkerung der Deutschschweiz und der französischsprachigen Schweiz. Die Befragung erfolgte über das Online-Panel von Sotomo und Bilendi. Nach Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 2320 Personen für die Auswertung verwendet werden.

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage grösstenteils selbst rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe zunächst nicht repräsentativ für die Schweizer Bevölkerung. Es werden deshalb bewährte statistische Gewichtungsverfahren angewendet, um die Stichprobe strukturell an die Grundgesamtheit anzupassen. Die einzelnen Bevölkerungsgruppen werden dabei in ihren relativen Gewichten so angepasst, dass sie die Grundgesamtheit abbilden. Die Gewichtungskriterien sind Geschlecht, Alter, Bildung, politische Orientierung und Sprachregion. Dieses Vorgehen gewährleistet eine hohe Repräsentativität für die Wohnbevölkerung der Schweiz. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50 Prozent Anteil) +/-2.0 Prozentpunkte.

5.2 ABSTIMMUNGSANALYSE

Die Abstimmungsanalyse basiert auf Daten von Swissvotes[3] sowie den Daten der Vox-/Voto-Nachabstimmungsbefragungen. Die Nachabstimmungsbefragung lassen sich in drei Perioden unterteilen: bis 2016[4] sowie ab 2020[5] wurden die Nachabstimmungsbefragungen von gfs.bern durchgeführt. Dazwischen wurden sie von FORS und dem Zentrum für Demokratie Aarau durchgeführt[6]. Die Auswertungen basieren auf den rohen Umfragedaten der Nachabstimmungsbefragungen. Bei einem Teil der Nachwahlbefragungen sind die ursprünglich in der Analyse verwendeten Gewichte nicht öffentlich zugänglich. Aus diesem Grund hat Sotomo diese Daten neu gewichtet, nach dem gleichen Verfahren wie oben beschrieben. Deshalb kann es im Vergleich zu den Analyseberichten der Nachwahlbefragungen zu kleinen Abweichungen kommen.

[3] Swissvotes: die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern. Online: www.swissvotes.ch. Zuletzt abgerufen am 17.2.2025

[4] Hanspeter Kriesi, Matthias Brunner, François Lorétan: Standardisierte Umfragen VoxIt 1981-2016 [Dataset]. Université de Genève - Faculté des Sciences de la Société - SdS - Département de science politique et relations internationales, Universität Zürich - Philosophische Fakultät - Institut für Politikwissenschaft - IPZ - Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, FORS - Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften. Bereitgestellt durch FORS, Lausanne.

[5] Lukas Golder et al.: Nachbefragung und Analyse zu eidgenössischen Volksabstimmungen, 2020-2024. gfs.bern. Bereitgestellt durch Swissvotes.

[6] FORS, ZDA (2016). VOTO – Umfragen zu den Schweizer Volksabstimmungen, 25 September 2016. FORS – Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften, Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA), Universität Zürich. Bereitgestellt durch FORS, Lausanne.

SOTOMO